



NABU und Populismus



Inhaltverzeichnis

1.	Warum sich als NABU mit Populismus beschäftigen?	S. 2
2.	Was ist Populismus?.....	S. 3
3.	Populismus in der Gesellschaft Situation in Deutschland – Populismus-Elemente – Demokratie-Defizite – Keine Zukunftsperspektive	S. 3
4.	Populismus-Betroffenheit des NABU Populismus: Inhaltliche Dissonanzen – Bedrohung für den NABU? – Grundgesetz und Rechtsstaatlichkeit – Kritische Zivilgesellschaft – Internationales Engagement	S. 14
5.	Handeln konkret Politische Bildung – Förderung ‚Kritische Zivilgesellschaft‘ – Engagiert gegen Populismus- Äußerungen – Inklusion von Bevölkerungsgruppen	S. 26
6.	Literatur	S. 29

Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen

Tab. 1: Begriffsdefinitionen	S. 4
Tab. 2: Demokratie-Modelle im Vergleich	S. 7
Tab. 3: Ausgrenzung und Machtsicherung im Populismus	S. 8
Abb. 1: Rechtspopulismus – Aufteilung und Ausgrenzung	S. 10
Abb. 2: Dreiteilung der Gesellschaft	S. 11

Kontakt

NABU-Bundesgeschäftsstelle

Ingo Ludwichowski
Stabstelle Verband und Gesellschaft

Tel. +49 (0)30 2849841212
Ingo.Ludwichowski@NABU.de

1. Warum sich als NABU mit ‚Populismus‘ beschäftigen?

Weltweit gewinnt eine gesellschaftspolitische Entwicklung auch in der Bundesrepublik immer mehr an Bedeutung: der Rechtspopulismus. Als Teil seiner Strategie spaltet er - wenig ideologisch orientiert - die Gesellschaft in zwei homogene, antagonistische Lager: das ‚anständige Volk‘ und die ‚korrupte Elite‘. Die Grundzüge der liberalen, rechtsstaatlichen Demokratie stellt er in Frage: Stattdessen solle sich die Politik durch direkte Demokratie vor allem am ‚Gemeinwillen‘ des ‚Volkes‘ orientieren, von dem jedoch Teile der Bevölkerung ausgeschlossen werden. In welcher Weise wird der Rechtspopulismus bis hin zu seinen extremistischen Ausprägungen auch für den NABU relevant? Im Folgenden werden ...

- die Begrifflichkeiten rund um den Populismus definiert, seine wesentlichen Grundlagen dargestellt und die Situation in Deutschland bewertet, ggf. – wo angebracht – mit Verweisen auch auf die europäische und internationale Situation.
- Daran schließt sich eine detailliertere Betrachtung seiner umweltbezogenen Standpunkte und daraus folgend möglicher Einflüsse auf und Konsequenzen für die fachliche und organisatorische Arbeit des NABU an.
- Schließlich werden Handlungsmöglichkeiten des NABU für einen angepassten Umgang mit dem Populismus aufgezeigt.

Grundlage für die Auseinandersetzung mit dem Populismus als gesellschaftliches Phänomen ist die Feststellung, dass der NABU zwar satzungsgemäß sich zur Überparteilichkeit verpflichtet (§2, 3 NABU-Bundessatzung v. 12. Nov. 2022). Diese Unabhängigkeit ist aber – ebenfalls aus der Satzung begründet – an Werten orientiert. Rechtspopulismus ist nicht allein parteipolitisch verankert. Er stellt ein bis in die Mitte der Gesellschaft verankertes, gesellschaftliches Phänomen dar, gibt aber auf die drängenden NABU-Zukunftsfragen wie den Klimawandel und die Naturkrise kaum zielführende Antworten.

Vor dem Hintergrund einer größeren Zustimmung zu Populismus-Ansätzen in der Breite der Bevölkerung wächst die Notwendigkeit, sich mit dieser Entwicklung als NABU kritisch auseinanderzusetzen, Gefahren und Risiken abzuschätzen und ggf. Gegenstrategien zu entwickeln. Dazu gehört insbesondere, die zukünftige Betroffenheit des NABU und seiner Ziele zu bewerten. Auch der NABU ist zudem nicht immun gegenüber dem Populismus: Natur-, Heimat- und Artenschutz können Vehikel sein, um satzungsgemäß unlautere, undemokratische und menschenfeindliche Gesellschaftsbilder zu transportieren.^{1, 2}

Mittlerweile haben sich in der Bundesrepublik zahlreiche Institutionen, Verbände und gesellschaftliche Gruppen unabhängig von ihrer sonstigen politischen Ausrichtung kritisch zum Populismus positioniert. Dazu gehören die evangelische³ und katholische Kirche⁴, der Deutsche Gewerkschaftsbund DGB⁵, aber auch Vertreter*innen von

¹ Rechte Aktivitäten im Naturschutz – Ergebnisse einer internen Untersuchung - <https://www.nabu.de/wir-ueber-uns/organisation/31953.html>, abgerufen 14. Dezember 2023

² Schroeder, W. et al. (2022): Einfallstor für rechts? Zivilgesellschaft und Rechtspopulismus in Deutschland. Camus.

³ <https://www.ekd.de/kirche-gegen-rechtspopulismus-und-rechtsextremismus-49866.htm>, abgerufen 7. März 2024

⁴ https://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/diverse_downloads/presse_2024/2024-023a-Anlage1-Pressebericht-Erklaerung-der-deutschen-Bischoefe.pdf

⁵ <https://www.dgb.de/themen/++co++2ea31976-baa8-11ee-bea4-001a4a160123>, abgerufen 7. März 2024

Unternehmen, ihre Branchensprecher*innen und Wirtschaftsinstitute⁶. An Demonstrationen gegen den Rechtspopulismus, zu denen u.a. auch alle demokratischen Parteien mit aufgerufen hatten, nahmen Hunderttausende von Demonstranten teil. Der NABU steht also mit seiner gesellschaftspolitisch kritischen Betrachtung des Rechtspopulismus eindeutig nicht allein da.

2. Was ist Populismus?

In der öffentlichen Darstellung werden häufig Begrifflichkeiten für dasselbe gesellschaftliche Phänomen synonym genutzt, die eigentlich eine unterschiedliche Bedeutung haben. Der NABU bevorzugt eine wissenschaftsbezogene Beschreibung (Populismus-bezogene Begriffe s. Tab. 1).

Populismus hat zwei Dimensionen: Volkszentriertheit und Anti-Establishment-Haltung.⁷ Beide müssen erfüllt sein, damit allgemein von Populismus gesprochen werden kann. Der NABU nutzt den Begriff ‚Populismus‘ im Sinne einer ‚ideenorientierten Populismus-Definition‘⁸: „Populismus (ist) eine dünne Ideologie, nach der die Gesellschaft in zwei homogene antagonistische Lager gespalten ist: das ‚anständige Volk‘ und die ‚korrupte Elite‘. Politik sollte ein Ausdruck des ‚Gemeinwillens des Volkes‘ sein“. Entsprechend dieses Begriffsverständnisses gibt es keinen ‚demokratischen Populismus‘.⁹

Im Folgenden geht es vor allem um den ‚Rechtspopulismus‘ (in diesem Beitrag allgemein als ‚Populismus‘ bezeichnet). Ob der Linkspopulismus in Deutschland eine ähnliche Bedeutung entwickeln kann wie der Rechtspopulismus, ist derzeit noch offen und bleibt deshalb hier zunächst ausgespart. Der NABU verfolgt aber die Entwicklung bzgl. seiner eigenen Betroffenheit – wie beim Rechtspopulismus – ebenfalls kritisch.

Die ursprünglichen ‚Links-Rechts‘- Bezeichnungen werden allerdings heute im politischen System zunehmend irrelevanter und sind deutlich weniger trennscharf: Auch der Populismus agiert oft wenig ideologieverbunden (er hat eine ‚dünne ideologische Grundlage‘¹⁰), und zumindest in den eingesetzten Methoden sind Links- wie Rechtspopulismus weltweit häufig kaum voneinander unterscheidbar.

3. Populismus in der Gesellschaft

Die Ausgangslage: Populismus in Deutschland

Weltweit - und nicht nur in der Bundesrepublik - breiten sich populistische Tendenzen immer weiter aus. In Deutschland ist die Alternative für Deutschland (AfD) als rechtspopulistische Partei, die in mehreren Parlamenten vertreten ist, prominent und für die öffentliche Wahrnehmung bestimmend. Sie vertritt inzwischen zunehmend auch rechtsextreme Positionen. Mit den Republikanern, der DVU, der NPD (jetzt: ‚Die Heimat‘) sowie einigen Wählervereinigungen gab bzw. gibt es aber noch weitere Parteien, die ebenfalls rechtspopulistische Ideen vertreten und sich auch deren Methoden

Populismus in Deutschland

Schon heute wirkt der Populismus auch durch Tabu-Brüche maßgeblich auf Politik und Öffentlichkeit ein und verschiebt die Grenzen des „Sagbaren“.

⁶ <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/afd-top-oekonomen-und-manager-positionieren-sich-gegen-die-afd/100008598.html>

⁷ Mudde, C. (2004): The Populist Zeitgeist. *Government and Opposition* 39 (4): 541-563.

⁸ Nach Mudde & Kaltwasser (2019): *Populismus: Eine sehr kurze Einführung*. Bpb.

⁹ aber: Prantl, Heribert (2017): *Gebrauchsanweisung für Populisten*. Wals b. Salzburg.

¹⁰ Michael Freedon: Is Nationalism a Distinct Ideology, in: *Political Studies*, Bd. 46 (1998), S. 748-765.

bedienen, meist jedoch weniger erfolgreich. Rechtsextremisten agieren in vielfältigen Formen: Ihr Organisationsgrad reicht von losen Cliques bis hin zu formalisierten Parteien.

Tab 1: Begriffsdefinitionen

Begriff	Interpretation
Extremismus	Als extremistisch gilt, wer in kämpferischer Weise gegen wesentliche Verfassungsprinzipien verstößt, die Grundwerte der Demokratie ablehnt und für eine andere politische Organisationsform eintritt, die nicht auf demokratischen und rechtsstaatlichen Grundlagen beruht. Extremistische Parteien bedienen sich inhaltlich und methodisch des Populismus.
Radikalismus	Im Sprachgebrauch wird er oft nicht klar vom Extremismus abgegrenzt. Der Radikalismus lehnt jedoch wesentliche Prinzipien der Verfassung (z.B. Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit) ab, ohne - wie der Extremismus - die Verfassung gänzlich abschaffen und durch ein neues System ersetzen zu wollen. Populismus ist ein Merkmal radikaler Parteien des rechten wie des linken Spektrums. Weder Radikalismus noch Extremismus beschreiben jedoch seine inhaltliche Dimension, sondern (nur) antidemokratische Einstellungen unterschiedlicher Ausprägung.
Demagogie	Dieser Begriff ist dem des Populismus am nächsten, beschreibt aber eher eine (rhetorische) Technik der politischen Kommunikation. Im Unterschied zum Populismus sprechen Demagog*innen situativ aus, was ‚das Volk‘ denkt, während Populist*innen vorgeben, mit dem Volk eins zu sein, dessen Identität sie aber selbst bestimmen.
Opportunismus	Darunter kann eine allzu bereitwillige Anpassung an die jeweilige Situation aus Nützlichkeitsabwägungen verstanden werden. Populismus orientiert sich aber nicht beliebig an Stimmungen, sondern artikuliert z.B. sehr klar, wer zum ‚Volk‘ gehören soll.
Faschismus	Der Begriff ist nicht einheitlich definiert, da er von seinen Vertretern selbst kaum verwendet wird und in seinen Ausprägungen, Mitteln und Zielen sehr unterschiedlich ist. Faschismus ist im Allgemeinen eine Form rechtsextremer Ideologie, die die Nation oder Rasse als organische Gemeinschaft verherrlicht, die über alle anderen Loyalitäten erhaben ist. Er betont einen Mythos der nationalen oder rassischen Wiedergeburt nach einer Periode des Niedergangs und des Zerfalls. Er zielt darauf ab, die organische Gemeinschaft von ‚andersartigen‘ Kräften und Gruppen zu reinigen, die sie bedrohen. Häufig unterstützt er - wie der deutsche Nationalsozialismus - extreme Lehren von rassischer Überlegenheit, ethnischer Verfolgung, imperialistischer Expansion und Völkermord. Die deutsche Neonazi-Szene und Teile des Rechtsextremismus (wie der terroristische ‚Nationalsozialistische Untergrund‘ (NSU)) sind daher im Faschismus zu verorten. Der Faschismus bedient sich auch der Methoden des Populismus und seiner Grundideen.
<p><i>Definitionen nach Lewandowsky (2022) – ‚Populismus‘; verändert und ergänzt. Faschismusdefinition nach Matthew Lyons in Wikipedia (https://de.wikipedia.org/wiki/Faschismustheorie), abgerufen 18. Dezember 2023</i></p>	

Viele Themen, Positionen und Erscheinungsformen des Populismus beeinflussen bereits die politische Agenda und die Debatten. Demokratische Parteien übernehmen Begriffe und Rahmungen, greifen populistische Forderungen auf oder entwickeln ggf. auch eine explizite Gegenposition, um Wähler*innen vom Abwandern abzuhalten oder diese gar zurückzugewinnen. Der Einfluss auf Politik, politische Kultur und

Gesellschaft ist also größer, als es Stimmenanteile bei Wahlen sichtbar machen. Zur Analyse der sich derzeit dynamisch entwickelnden Situation liegen zahlreiche Publikationen vor, auf die hier nur verwiesen werden kann (vgl. Literatur).

Elemente des Populismus

Der Populismus stellt sich in seiner inhaltlichen Ausprägung und kommunikativen Darstellung als antiaufklärerisch, antihumanistisch, antipluralistisch – und damit in der Verfolgung seiner Ziele tendenziell demokratiefeindlich dar. Er schürt permanent Ängste vor Veränderungen.

Antiaufklärerisch: Einseitige Interpretation von Wissen

Erkenntnisse aus Forschung und Wissenschaft werden von Rechtspopulist*innen – für den NABU auffällig im Bereich des Klimaschutzes – häufig auch dann abgelehnt oder voreingenommen umgedeutet, wenn sie methodisch dem Stand der Wissenschaft entsprechen und allgemein von einem Großteil der Wissenschaftler*innen allgemein anerkannt – und in der Breite der Gesellschaft bereits akzeptiert sind¹¹. Um die Rolle von objektiver Erkenntnis zu schwächen, wird oft mit ‚alternativen Fakten‘ gearbeitet: „Alternative Fakten funktionieren dabei nicht als Tatsachenbehauptung, sondern als Widersprüche zu Tatsachenbehauptungen. Sie wirken nicht als Beitrag zur Realitätskonstruktion, sondern als kommunikative Realitätsdestruktion, die es erlaubt, wider besseres Wissen weiterzumachen.“¹² Es geht dem Populismus also vor allem darum, die Wirksamkeit von ihm unliebsamen Erkenntnissen kommunikativ zu schwächen, und nicht darum, in eine offene, wissenschaftsorientierte Auseinandersetzung einzutreten.

Anti-humanitär und anti-pluralistisch: Ausgrenzungen aus der Gesellschaft

„Eine Demokratie muss die Menschenrechte garantieren. Ansonsten wird sie zum Instrument für die Tyrannei der organisierten Mehrheit.“¹³

In seiner Bundessatzung bekennt sich der NABU in §2 (3) zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik mit ihrer in Artikel 1 des Grundgesetzes (GG) niedergelegten, besonderen Betonung der Menschenrechte¹⁴. Auch die Naturschutzjugend NAJU im NABU bezieht deutlich Position für Demokratie und Vielfalt¹⁵. Der NABU sieht seine Tätigkeit als ‚verbindendes Element zwischen Nationalitäten, Kulturen, Religionen und sozialen Schichten. Er bietet den Mitgliedern unabhängig von Geschlecht, Abstammung, Hautfarbe, Herkunft, Alter, Glaube, sozialer Stellung oder sexueller Identität einer Heimat.‘¹⁶

Mitglieder, die ein damit unvereinbares Verhalten zeigen, können aus dem Verband ausgeschlossen werden.

Für auftretende Konflikte in gesellschaftlichen Fragen werden im Populismus Dritte („Eliten“) verantwortlich gemacht und damit stereotype Feindbilder erzeugt und



Ausgrenzung

Wesentliches Element des Populismus ist die Ausgrenzung von Minderheiten und Migranten – also auch für den NABU relevant.

¹¹ Mau, S. (2023): Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. SV.

¹² Kumkar, N. C. (2023): Alternative Fakten. Zur Praxis der kommunikativen Erkenntnisverweigerung. Bpb.

¹³ Ashfaq Khalfan, Leiter des Programms für Recht und Politik bei Amnesty International - <https://www.amnesty.ch/de/ueber-amnesty/publikationen/magazin-amnesty/2018-1/im-namen-des-volkes#>

¹⁴ [https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_1.html#:~:text=\(1\)%20Die%20W%C3%BCrde%20des%20Menschen,der%20Gerechtigkeit%20in%20der%20Welt;abgerufen%20am%2011.%20Januar%202024](https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_1.html#:~:text=(1)%20Die%20W%C3%BCrde%20des%20Menschen,der%20Gerechtigkeit%20in%20der%20Welt;abgerufen%20am%2011.%20Januar%202024)

¹⁵ <https://www.naju.de/%C3%BCber-uns/positionen/demokratie-und-vielfalt/>; abgerufen 11. Januar 2024

¹⁶ NABU-Bundessatzung: <https://www.nabu.de/wir-ueber-uns/satzung.html>

bedient. Unveräußerliche, unteilbare und unverzichtbare Menschenrechte als empathische, allen zustehende Kulturleistung werden nur ‚völkisch‘ akzeptiert. Ausgrenzungen beziehen sich explizit auch auf die Ablehnung gesellschaftlicher Modernisierung und Erneuerung. Dementsprechend wird die traditionelle Familie mit einer klaren Rollenzuweisung an die Frau als Beziehungsmodell stark bevorzugt. Die Gleichberechtigung der Geschlechter wird relativiert, ein ‚Gendern‘ der Sprache soll aktiv bekämpft werden. Dem Recht auf Abtreibung wird ein stärkeres, ggf. finanziell unterstütztes (traditionelles) Familienengagement gegenübergestellt, mit dem Ziel, das eigene ‚Volk‘ demographisch zu stützen.

Ausgegrenzt werden als ‚fremd‘ empfundene Teile der Gesellschaft wie ausländische Mitbürger*innen, unabhängig von ihrer tatsächlichen Staatszugehörigkeit, sowie Personen mit einer LGBT*IQ+-Orientierung.¹⁷ Ein wesentlicher Grund für Wahlsiege rechter Populismus-Parteien in Europa ist die als in jeder Form bedrohlich wahrgenommene Migrationspolitik. Die Abwertung von Migrant*innen als Ausdruck des Ethnozentrismus ist den meisten Rechtspopulismus-Parteien – ggf. im Zuge einer behaupteten ‚Umvolkungspolitik‘¹⁸ – eigen. Darüber hinaus wird gegen ‚den Islam‘ polemisiert, der z.B. im Zuge des Abflauens der Migrationsdebatte zeitweise die Rolle des größten ‚Bedrohungsfaktors‘ einnimmt. Der Erfolg einiger populistischer Parteien in Europa beruht auch darauf, dass sie sich als Anwalt sozial benachteiligter Personen und/oder Regionen darstellen. Auch in der Bundesrepublik wird versucht, sich als Alternative zu den Gewerkschaften zu geben.¹⁹

Menschenrechte, der entschiedene Einsatz gegen Diskriminierung, Fremdenhass und Menschenfeindlichkeit und der Schutz von Betroffenen sind verbandliche Aufgaben.²⁰

Der dem Rechtspopulismus immanente Rechtschauvinismus beinhaltet ein übersteigertes und gegenüber Dritten aggressives Nationalgefühl, betont damit eine imaginäre eigene Überlegenheit und stellt die eigenen nationalstaatlichen Interessen über die Interessen anderer Staaten und der internationalen Staatengemeinschaft. Staaten sollen nur von Angehörigen einer ethnisch definierten Nation bewohnt werden. Im Verständnis des Populismus wird der homogene Nationalstaat grundsätzlich durch ‚fremde‘ Menschen und deren Ideen und Gedanken, die nicht zum ‚Volk‘ gehören, bedroht.

Anti-demokratisch: ‚Volksorientierung‘ mit Tendenz zum Autokratismus

Der Populismus verachtet die rechtsstaatliche, liberal ausgerichtete Demokratie und insbesondere ihre gewählten Vertreter*innen als ‚ineffektiv, fremdbestimmt und korrupt‘. Mit Mitteln der Diffamierung wird in der Bevölkerung das Pauschalurteil hervorgerufen, ‚die Eliten‘ (oder ‚die Mächtigen‘, oder ‚die da oben‘) handeln unabhängig vom ‚Volkswillen‘ und seien nur auf ihren eigenen Vorteil bedacht. Zu diesen Eliten werden viele prominente Vertreter*innen aus Politik, Medien und Wissenschaft gezählt, die sich gegen rechtspopulistische Tendenzen engagieren. Der Ansatz des Populismus ist dementsprechend antipluralistisch: Andere Meinungen werden nicht toleriert, sondern insbesondere in den sozialen Medien heftig angegriffen. Charakteristisch ist dabei, dass man sich selbst trotzdem in der Opferrolle sieht.

¹⁷ Internationale Abkürzung für Lesbians, Gays, Bisexuals, Trans*, Inter* & Queers (Deutsch: Lesbische, Schwule, Bisexuelle, Trans*, Inter* und Queere Menschen).

¹⁸ <https://de.wikipedia.org/wiki/Umvolkung>; abgerufen 14. Dezember 2023

¹⁹ PM AfD - <https://afdbundestag.de/rene-springer-dgb-sucht-suendenbock-fuer-eigenes-versagen/> abgerufen 15. Dezember 2023

²⁰ Vgl. NABU-Verbandsordnung, Abschnitte 3.2.1 f.

**Tab. 2: Demokratie-Modelle im Vergleich:
Populismus versus liberale, rechtsstaatliche Demokratie (Bundesebene)**

Merkmale	Populismus	Liberale, rechtsstaatliche Demokratie
Repräsentanz	Volk	Bevölkerung
Parlament, Regierung	Wahlen; Wesentliche Machtbegrenzung durch direkte Demokratie (dD); Lobby-Einfluss begrenzt. ²¹	Wahlen; Machtbegrenzung durch Gewaltenteilung; starker Lobby-Einfluss ²²
Verfassungsgericht	Dem Parlament oder ‚Volkswillen‘ unterstellt: Eingeschränkte Gewaltenteilung durch Aushöhlung und Gleichschaltung ²³	Starkes Element der Gewaltenteilung: wacht über die Einhaltung und Auslegung des Grundgesetzes. Legt Kompetenzen und Grenzen staatlichen Handelns fest.
Medien	In der Praxis Einschränkung der Meinungsvielfalt: abhängig von Regierung ²⁴ , dadurch begrenzte gesellschaftliche Kontrollfunktion	Unabhängig, starke gesellschaftspolitische Kontrollfunktion als ‚vierte Gewalt‘ ²⁵
Direkte Demokratie (dD)	Wesentliches, absolutes, demokratisches Element	Derzeit (auf Bundesebene) keine Elemente der dD. Diskussionsrichtung: Ergänzung der repräsentativen Demokratie ²⁶
Zivilgesellschaft	Starke Einschränkungen bzgl. freier Meinungsäußerung, bis hin zur Organisationsbedrohung; Betonung der ‚Volksgemeinschaft‘	Verfassungsrechtlich unabhängig, korrektiv wirksam über Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit; Betonung von Individualrechten
Gesellschaftliche Konsequenz	Durch eingeschränkte Gewaltenteilung starke Tendenz zum Autokratismus ohne rechtsstaatliche Kontrolle: Beschädigung demokratischer Grundprinzipien; ‚Volk-zentriertheit‘ mit nur begrenzter Partizipation aller; Einschränkung der Meinungsvielfalt: Leugnung von Tatsachen, Medienkontrolle, Diffamierung von Minderheiten und ‚Eliten‘; Verstärkung der Ungleichheit gesellschaftlicher Gruppen, Verschärfung von Konflikten, Einschränkung von Reformprozessen.	Gewaltenteilung im Rahmen eines Rechtsstaates, auch zum Schutz von Minderheiten; ständige, oft langwierige gesellschaftliche Diskussionen über Prozesse und die weitere Entwicklung der Gesellschaft; Einbeziehung aller Bevölkerungsgruppen; als Demokratiemodell nicht perfekt, aber aus sich selbst heraus besser reformierbar mit dem Ziel der Weiterentwicklung.

Einige populistische Führungspersönlichkeiten zeigen in ihrer öffentlichen Darstellung wenig Bezug zu Moral und Ethik. Dabei wird nicht thematisiert, dass prominente Vertreter*innen des Populismus selbst zur ‚Elite‘ gerechnet werden können. Populist*innen

²¹ Die Afd will lt. Parteiprogramm (2016) Initiativen ‚insoweit‘ unterstützen, die den Lobbyismus einschränken wollen.

²² <https://www.abgeordnetenwatch.de/recherchen/lobbyismus/diese-218-lobbyorganisationen-haben-ungehinderten-zugang-zum-bundestag>

²³ <https://www.sueddeutsche.de/kultur/populismus-aushoehlen-gleichschalten-hetzen-1.4287335>; abgerufen 11. Januar 2023

²⁴ So in Polen, Ungarn, Russland

²⁵ Dabei ist die Pressefreiheit auch in Deutschland bedroht. S. <https://dprg.de/singlenews/uid-948057/was-die-pressefreiheit-in-deutschland-bedroht/>; abgerufen 12. Januar 2024

²⁶ G. Lübke-Wolff (2023). Demophobie. Muss man die direkte Demokratie fürchten? S. 12, Anm. 5.

nehmen jedoch stets für sich in Anspruch, dass sie - und nur sie - das repräsentieren, was bei Populist*innen in der Regel als das ‚wahre Volk‘ oder auch als die ‚schweigende Mehrheit‘ bezeichnet wird.²⁷

Über diese Volks- und Elitendefinition können auch der NABU und seine Vertreter*innen in den Fokus geraten. Manche Kommentare in den sozialen Medien versuchen, eine besondere Verbindung zu Eliten herzustellen, etwa durch die Betonung der Herkunft von Regierungsvertreter*innen aus dem NABU. Daraus wird auch eine angeblich bevorzugte Mittelvergabe der Regierung (deren Vertreter*innen als ‚Eliten‘ gesehen werden) an den NABU hergeleitet.

Opfer der einseitigen Volksdefinition ist die gesellschaftliche Vielfalt. Liberalere Auffassungen werden - wie rechtspopulistisch-autokratische Regierungen zeigen - zur eigenen Machtsicherung diskreditiert, auch durch massiven Druck über die gleichgeschalteten Medien. Die Meinung von Minderheiten kann aber Motor gesellschaftlicher Entwicklung sein. Ihre Ausgrenzung verkleinert die Basis der politischen Meinungsbildung. Fehlentwicklungen und Machtmissbrauch können dann von zivilgesellschaftlichen Akteuren, Medien oder der Opposition kaum noch kritisiert werden, der korrigierende Handlungsdruck auf eine Regierung nimmt ab.

Tab. 2: Übersicht über die Ausgrenzung von Bevölkerungsgruppen sowie die dadurch praktizierte Machtsicherung im Rechtspopulismus

Gesellschaftlicher Ausschluss mit ...	Betroffene	Konsequenzen (Ziele)
‚Volks‘-Bezug	Migranten und Ausländer, Deutsche mit Migrationshintergrund	Keine demokratische und soziale Teilhabe, keine Chancengleichheit; ‚Remigration‘ (Deportation) aus der Bundesrepublik
‚Eliten‘-Bezug	Allgemein sog. ‚Volksfeinde‘: Politiker*innen, Pressevertreter*innen, Wissenschaftler*innen etc.	Diffamierung, Ausschluss liberaler bzw. kritischer Denkweisen; geringe öffentliche Wahrnehmung; keine Regierungskontrolle
‚Demokratie‘-Bezug	Rechtsstaatliche Organe, Zivilgesellschaft, gesellschaftliche Minderheiten	Einschränkung rechtsstaatlicher Kompetenzen; Einschränkung von Minderheitenrechten, Diffamierung; geringe öffentliche Wahrnehmung; keine Regierungskontrolle

Als politisches Modell verspricht der Populismus zwar eine direkte, unmittelbare und demokratische Beteiligung des ‚Volkes‘. Durch seinen spezifischen Volksbegriff schließt er jedoch Teile der Bevölkerung aus, etwa Bevölkerungsgruppen, die als ‚fremd‘ wahrgenommen werden. Grundrechte wie das Wahlrecht werden ausländischen Mitbürger*innen auch auf kommunaler Ebene nicht zugestanden.^{28, 29} Der Rechtsextremismus geht sogar noch weiter und will diese Bevölkerungsgruppe, darunter auch deutsche Staatsbürger*innen, durch eine zynisch verharmlosend als

²⁷ <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/286506/das-wahre-volk-gegen-alle-anderen/>; abgerufen 11. Januar 2024

²⁸ <https://afdbundestag.de/albrecht-glaser-wahlrecht-ist-ein-buergerrecht/>; abgerufen 20. Dezember 2023

²⁹ Zum Ausländerwahlrecht s. BMI - <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/verfassung/wahlrecht/auslaenderwahlrecht/auslaenderwahlrecht-node.html>; abgerufen 20. Dezember 2023

‚Remigration‘ bezeichnete Politik aktiv aus dem Gebiet der Bundesrepublik ausweisen oder vertreiben.³⁰

Wesentliches demokratisches Element im Populismus sind neben Wahlen auch Volksabstimmungen³¹, die es in Deutschland zumindest auf Bundesebene bislang nicht gibt. Die Position des NABU zu Elementen einer direkten Demokratie ist bislang im Verband weder umfassender beraten, noch beschlossen worden. Der NABU war aber im Rahmen verschiedener Volksabstimmungen auf Landesebene und im kommunalen Bereich, wo diese Instrumente Praxis sind, bereits aktiv.

Zukunftsbezogene, fortschrittliche Vorstellungen zu einer direkten Demokratie³² im Bund gehen von einer ‚Ergänzung‘, und nicht von einem ‚Ersetzen‘ der repräsentativen Demokratie aus³³. Während bei der ‚Komplementarität‘ der Verfassungsgerichtshof auf Antrag die Zulässigkeit von Volksbegehren prüfen kann und gleichzeitig das Parlament (und ggf. der Bundesrat) beteiligt bleiben, schränkt der Rechtspopulismus die Repräsentationsverantwortung des Parlaments stark ein und beschränkt die diesbezüglichen Korrekturkompetenzen der Verfassungsgerichte. Entscheidungen des ‚Volkes‘ (oder in populistischen Regierungen auch des entsprechend ausgerichteten Parlaments) gelten dann unmittelbar ohne verfassungsrechtliche Kontrolle. Diese politische Machtfrage erklärt wesentlich die heftigen Auseinandersetzungen in Polen und Ungarn, aber auch in Israel um die Unabhängigkeit und Kompetenz der dortigen Verfassungsgerichte und letztlich um den Bestand einer rechtsstaatlichen Demokratie. Auch in der Bundesrepublik Deutschland wird über eine Stärkung der Unabhängigkeit des Bundesverfassungsgerichts diskutiert.³⁴

Andere Elemente einer direkteren Beteiligung könnten etwa repräsentativ besetzte, themenbezogene Bürgerräte sein. Doch ist deren Stellung vor allem im parlamentarischen Gefüge „wegen grundlegender verfassungs- und parlamentsrechtlicher Fragen“ umstritten³⁵, obwohl sie vermutlich zumindest das Engagement der Bevölkerung durch eine deutlichere Wahrnehmung in der Politik stärken und damit als „Grundlage für eine mögliche Implementierung als neues Instrument der deutschen Demokratie dienen“ könnten.³⁶

³⁰ <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechts-extreme-november-treffen/>; abgerufen 15. Januar 2024

³¹ https://www.afd.de/wp-content/uploads/2017/01/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf; S. 9; abgerufen 12. Januar 2024

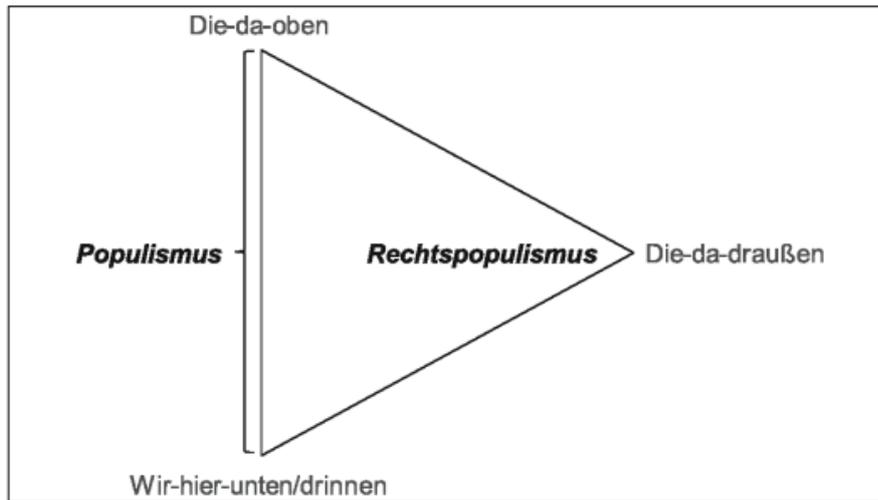
³² https://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/MD-Gesetzentwurf_Volksentscheid.pdf

³³ G. Lübke-Wolff (2023) – Demophobie. Rote Reihe, Klostermann.

³⁴ Verfassungsblog - <https://verfassungsblog.de/wer-wacht-uber-die-wachter/> abgerufen 1. Februar 2024

³⁵ <https://www.cduscu.de/presse/pressemitteilungen/experiment-buergerrat-dank-engagierte-buerger-aber-kritik-am-parlamentsverstaendnis-der-ampel>; abgerufen 15. Januar 2024

³⁶ PM ‚Der Bürgerrat für Ernährung gibt eine klare Richtung‘ – PM Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag vom 15. Januar 2024.



Quelle: Modifizierte und erweiterte Darstellung nach Berbuir u. a. (2015: 157).

Abb. 1: Schematische Darstellung des Rechtspopulismus: Deutlich wird, wie stark der Rechtspopulismus auf eine Aufteilung und Ausgrenzung von Teilen der Bevölkerung aufbaut.

Der Populismus steht für hierarchische Gesellschafts- und Sozialstrukturen. Letztlich hat er – trotz basisdemokratischer Verankerung – die starke Tendenz, autokratische Herrschertypen hervorzubringen³⁷. Dies wird von manchen Teilen der Gesellschaft als Staatsmodell bis hin zum Autoritarismus durchaus akzeptiert³⁸, bei zunehmender Tendenz, dieses Modell auch gewaltbereit durchzusetzen. Manche Populisten reden in rechtsextremistischer Weise einer Art ‚Führerdemokratie‘ das Wort: Diese Führungsfiguren der Populisten geben vor, selbst besser als alle anderen Politiker*innen zu wissen, was ‚das Volk‘ will und was dessen Interessen sind. Den vermeintlichen ‚Volkswillen‘ wollen sie gegen alle Widerstände und ohne ‚faule Kompromisse‘ durchsetzen.

Die Arbeit des NABU fußt demgegenüber auf einer demokratischen Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen im NABU-Verband und in der Gesellschaft (dazu auch Kap. 5, Kritische Zivilgesellschaft‘).

Angst vor Veränderungen

Sozialpsychologisch werden Populismus-Anhänger*innen als der gegenüber Veränderungen misstrauischste Pool der Gesellschaft im Kreis der ‚Wütenden‘ verortet³⁹, ggf. auch den ‚Enttäuschten‘ zugeschrieben (s. Abb. 2). Die Dominanz des Angstgefühls spielt in der Charakterisierung von Populist*innen eine entscheidende Rolle⁴⁰. *„Betroffene empfinden einen dreifachen Kontrollverlust: persönlich, weil der technische Wandel bedrohlich erscheint. Politisch, weil die Institutionen des Staates als abgehoben empfunden werden. In nationalstaatlicher Hinsicht, weil der Staat die Bevölkerung nicht schützen kann – etwa vor*

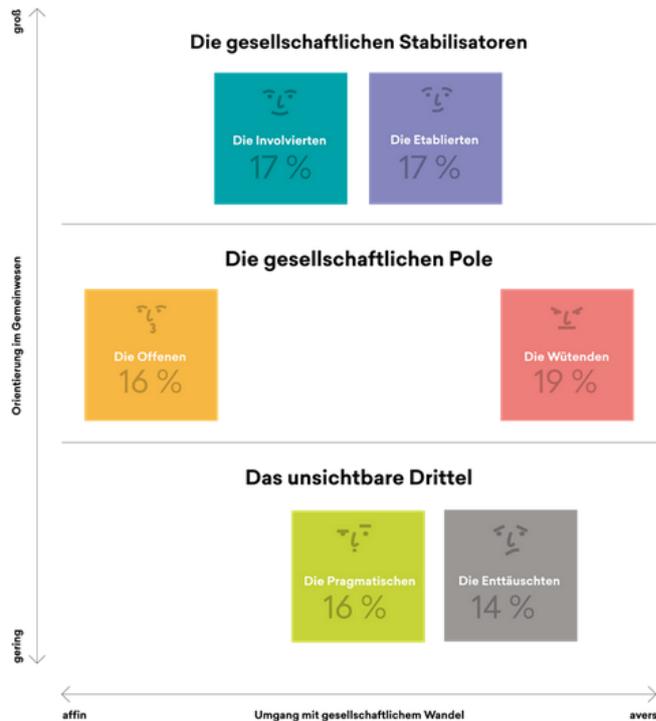
³⁷ ‚Die Rückkehr der Selbstherrlichen‘. Spiegel online (2016) - <https://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/autokrat-begriffanalyse-die-rueckkehr-der-selbstherrlichen-a-1110516.html>

³⁸ Böll-Stiftung 2022: Leipziger Autoritarismus-Studie - https://www.boell.de/sites/default/files/2022-11/decker-kiess-heller-braehler-2022-leipziger-autoritarismus-studie-autoritaere-dynamiken-in-unsicheren-zeiten_0.pdf

³⁹ More in Common (2019): <https://www.moreincommon.de/unsere-arbeit/forschung/>

⁴⁰ AfD-Wahlprogramm 2021 im watson-Check: Über 200 Seiten Angst – und viel verklärte Vergangenheit <https://politik.watson.de/deutschland/analyse/143128193-afd-wahlprogramm-2021-im-watson-check-ueber-200-seiten-angst>

Zuwanderung.“ Rechtspopulismus kann also auch als Ausdruck einer Repräsentationskrise verstanden werden.⁴¹



Quelle: More in Common (2019)

Abb. 2: Dreiteilung der Gesellschaft

Als besonders ausschlaggebend für den Trend zum Populismus werden übereinstimmend vor allem soziale Abstiegsgängste genannt. Der Wohlstand entwickelt sich weltweit für viele Menschen positiv. Seine Verteilung bleibt jedoch ungleich: Ende 2020 besaßen 1,1 Prozent der Weltbevölkerung 45,8 Prozent des weltweiten Vermögens. Etwas mehr als die Hälfte (ca. 55 Prozent) der Weltbevölkerung besaß dagegen nur 1,3 Prozent.⁴² Auch in Deutschland bleibt die Schere zwischen Arm und Reich weit offen,⁴³ und damit auch der Zugang zu Ressourcen und Macht ungerecht verteilt. Am stärksten vom sozialen Abstieg bedroht sieht sich die Mittelschicht, die maßgeblich für die Stabilität der Gesellschaft sorgt. Die Armutsgefährdungsquote liegt derzeit bei fast 17% (Stand 2022) und steigt seit 2005 nahezu kontinuierlich an.⁴⁴

⁴¹ Hans-Böckler-Stiftung (2021): Tiefer Frust - <https://www.boeckler.de/de/magazin-mitbestimmung-2744-tiefer-frust-30711.htm>

⁴² <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/384680/umfrage/verteilung-des-reichtums-auf-der-welt/>

⁴³ <https://www.oxfam.de/presse/pressemitteilungen/2023-01-16-vermoegenszuwachs-reichstes-prozent-kassiert-fast-doppelt-so>; abgerufen 19. Dezember 2023

⁴⁴ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/72188/umfrage/entwicklung-der-armutsgefaehrungsquote-in-deutschland/>, abgerufen 31. Dezember 2023

Viele Anhänger*innen des Populismus wählen *de facto* politisch aber eine Alternative, die ihren sozialen Wünschen und Bedürfnisse eigentlich elementar widerspricht⁴⁵: In Deutschland dient der Populismus vor allem wirtschaftlichen Interessen im Sinne des Neoliberalismus, was mit der zum Teil schwierigen bis prekären Lage vieler seiner Anhänger oder deren Ängsten, den erreichten Status zu verlieren, kaum in Einklang zu bringen ist. Die vom Populismus geschürten Ressentiments und Vorurteile decken jedoch die eigenen Interessen im postulierten ‚Kulturkampf‘ zu: Anhänger*innen des Populismus sind gerne bereit, sich selbst zu schaden und Fakten zu ignorieren, wenn dafür von ihnen gehasste Gruppen ihrerseits geschädigt werden, statt sich gegebenenfalls sogar zu solidarisieren. Dieses Verhalten ist in sich inkonsistent und unlogisch. Es zeigt aber auch, warum emotional verfestigten Anhängern*innen allein mit Sachargumenten schwer beizukommen ist.

Seine Verführungskraft beruht unter anderem darauf, dass der Populismus versucht, einfache Deutungen und einfache Lösungen anzubieten. Dazu werden politische, gesellschaftliche und soziale Konflikte in einer sich ausdifferenzierenden Bevölkerung mit ihren divergierenden Interessen sowie globale Bedrohungsszenarien wie der Klimawandel inhaltlich geschickt so aufgeladen, dass notwendige Veränderungen bei vielen Anhänger*innen mit existenziellen Ängsten verbunden sind. Daraus resultierende Chancen werden nicht realistisch gesehen. Eine vorurteilsfreie thematische Auseinandersetzung wird so weitgehend unmöglich.

Entsprechende Informationsangebote werden von diesen Bevölkerungsgruppen dann kaum wahrgenommen. Auch die in dieser Hinsicht spezifischeren Argumente des NABU zu Umwelt- und Naturschutzfragen dürften so kaum rezipiert werden. In der Konsequenz erscheint es dann seitens des NABU derzeit auch wenig erfolgversprechend, überdurchschnittlich viel Zeit und Aufwand in eine ‚Rückgewinnung‘ entsprechender Bevölkerungsteile zu investieren. Der NABU ist aber bereit, ihnen geeignete kommunikative Angebote zur Neuorientierung zu machen.

Vielmehr ist es wichtig, schwerpunktmäßig – entsprechend der eigenen Verantwortung – die Mitglieder des NABU, die ggf. schwanken, aber für Argumente erreichbar sind, vor allem durch eine NABU-spezifische Aufklärung gegen diese Denkweise zu sensibilisieren und zu immunisieren. Daraus mag sich allerdings im günstigen Fall auch eine Katalysatorwirkung in Richtung der Gesamtbevölkerung ergeben.

Demokratie-Defizite

Es besteht die starke Versuchung, den Aufstieg des Populismus vor allem durch individuelle „Unzulänglichkeiten von Bürger*innen“ ggf. mit einer pauschalen Beschreibung aller Anhänger*innen als „Nazis“, einer „mangelnden Eignung für eine moderne Demokratie und eine globale und komplexe Welt“ sowie der Beschreibung des Phänomens als angeblich „vorübergehend“ zu erklären – und damit eigenverantwortliches Handeln als unnötig erscheinen zu lassen.

Dabei wird oft übersehen, dass die Kritik an der derzeitigen Ausgestaltung der liberalen, rechtsstaatlichen Demokratie einen wahren Kern hat. Der Populismus adressiert dazu zwar teils berechtigte Fragen, etwa zur eingeschränkten Repräsentanz seiner politischen Vertreter*innen wie allgemein zu bestehenden Defiziten des Parlamentarismus.

⁴⁵ DIW: Das AfD-Paradox: Die Hauptleidtragenden der AfD-Politik wären ihre eigenen Wähler*innen https://www.diw.de/de/diw_01.c.879742.de/publikationen/diw_aktuell/2023_0088/das_afd-paradox_die_hauptleidtragenden_der_afd-politik_waeren_ihre_eigenen_waehler_innen.html

Allerdings bietet er keine Lösungen für diese Probleme.⁴⁶ Er beschädigt die demokratischen Grundprinzipien, ohne tatsächlich bestehende Mängel methodisch anzugehen und mit den propagierten Mitteln abzubauen. Zudem verstärkt er mit seiner Betonung der Ungleichheit in der Bevölkerung gesellschaftliche Konflikte und behindert notwendige Lösungswege.

Eine liberale, rechtsstaatliche Demokratie weist in ihrem Status quo im Detail selbst kritikwürdige und dringend verbesserungsnotwendige Schwächen auf. Sie befindet sich zudem grundsätzlich in einem permanenten Aushandlungsprozess über ihre Ziele und Methoden. Entscheidungsprozesse benötigen hier oft deutlich mehr Zeit. Sie können aber zu gesellschaftlich ausgewogeneren Ergebnissen führen.

„Seriöse Politik bedeutet, Kompromisse zu finden zwischen kurzer und langer Frist, zwischen aktuellen Ansprüchen und nachhaltiger Stabilität, zwischen dem Wünschenswerten und dem Notwendigen - zwischen Kosten und Erträgen, die zeitlich auseinanderfallen. Die Debatten über solche Kompromisse sind typischerweise komplex, zeitaufwändig und schwer verständlich. Langweilig! Populisten hingegen haben die besseren Storys. Sie sind simpel, aufregend und leicht verständlich.“⁴⁷

Populismus profitiert auch davon, dass Teile der Bevölkerung keinen Sinn darin sehen, sich im Rahmen demokratischer Strukturen selbst öffentlich zu engagieren, „weil wir ja sowieso nicht gehört werden“ - also inhaltlich auf deren offensichtliche Mängel verweisen. Sie nehmen Demokratie dann nur noch als Konsumenten wahr, statt sich selbst zu engagieren. Sie nutzen die vorhandenen Instrumente der Demokratie gar nicht oder nur, um bei Wahlen ‚Denkzettel‘ zu verteilen - deren kryptische Inhalte dann mangels eigenen Engagements, eigener Artikulation und Repräsentation kaum wahrgenommen werden und deshalb auch keine Konsequenzen haben. Frustration und Ablehnung verstärken sich.

Mit dem abnehmenden Engagement der Bevölkerung steigt jedoch der Anspruch an die Demokratie: Die eigenen, persönlichen Interessen sollen vorrangig von ‚der Politik‘ wahrgenommen und umgesetzt werden. Dies in einer Art und Weise, die einerseits gegenläufige Interessen weitgehend abwertet, andererseits aber vor dem Hintergrund der allgemein mangelnden Beteiligung an demokratischen Prozessen von ‚der Politik‘ kaum mehr erfüllbar ist. In der Folge kommt es zu einer ‚Entleerung der Demokratie‘: Der Apparat funktioniert noch, aber das Vertrauen erodiert. Eine Demokratie ohne Engagement der Bürgerinnen und Bürger ist aber nicht lebensfähig.

Viele ehren- und hauptamtlich Engagierte im NABU sind dagegen als Bürgerinnen und Bürger aktiv und nutzen - trotz aller Frustrationen und mangelnder Anerkennung - z.B. ihre Beteiligungsrechte über die entsprechenden rechtsstaatlichen Instrumente als Teil der ‚kritischen Zivilgesellschaft‘. Dies in der Öffentlichkeit hervorzuheben und zu würdigen, erscheint dem NABU als eine Möglichkeit, mehr Wertschätzung zu erzeugen - und damit auch für die rechtsstaatliche Demokratie zu werben⁴⁸ (s. auch ‚Kritische Zivilgesellschaft‘).

⁴⁶ Nach A. Schäfer & M. Zürn (2021): Die demokratische Regression. bpb.

⁴⁷ <https://www.manager-magazin.de/politik/weltwirtschaft/brexit-handelskrieg-amazonas-braende-teurer-populismus-a-1284668.html>

⁴⁸ so beim NABU Schleswig-Holstein: ‚Mehr Anerkennung für das kritische Ehrenamt‘ - <https://schleswig-holstein.nabu.de/politik-und-umwelt/verbandsbeteiligung/fakten-hintergruende/32859.html>; abgerufen 14. Dezember 2023

Keine wünschenswert-realistische Zukunftsperspektive

Charakteristisch für den Populismus ist das angstbesetzte Festhalten am Bestehenden oder gar die Flucht in eine verklärte Vergangenheit. Populistische Wähler kommen zum Teil aus sozialen Schichten, die elementare Ängste vor Veränderungen haben, sozial benachteiligt sind und deshalb an - scheinbar - bewährten Strukturen und Denkweisen festhalten wollen. Dies macht sie empfänglich für einfache Botschaften, Fake News und ggf. Verschwörungsmythen des Populismus, die suggerieren, Veränderungen seien unnötig und nur von Eliten erfunden, um „dem Volk zu schaden“. Darüber hinaus gibt es in Teilen der Gesellschaft eine latente Bereitschaft zur Revolte gegen die Moderne, um die verachtete Gegenwart zu zerstören und in einer imaginären Zukunft eine idealisierte Vergangenheit wiederzufinden.⁴⁹

Mit dem Populismus wird auch die Basis unserer gesellschaftlichen Ordnung, die versucht, eine Balance zwischen demokratischer Entscheidungsfindung und rechtsstaatlichem Handeln u.a. zum Schutz von Minderheiten zu finden, in Frage gestellt. In der Konsequenz führt auch dies zu einer immer weiter fortschreitenden Spaltung der Gesellschaft.⁵⁰ Eine einseitige und voreingenommene Interpretation von Forschung und Wissenschaft liefert in vielen entscheidenden Fragen keine positiv verwertbaren Ergebnisse und führt letztlich zur Handlungsunfähigkeit. Zukunftsfragen können so erst recht nicht beantwortet werden.

Auch in einem internationalen Kontext können die Vorstellungen des Populismus kaum überzeugen. Zweifelhaft erscheint, dass rein staatenbezogene, auf weitgehende Autarkie setzende Staaten, wie sie der Populismus anstrebt, heute für sich allein noch überlebensfähig sind. Dies gilt insbesondere für die digitalen Herausforderungen⁵¹ und bei aller berechtigter Kritik insbesondere an den Auswüchsen der wirtschaftlichen Globalisierung mit ihrer Zerstörung der Umwelt, aber auch der Privatisierung öffentlicher Güter, der zunehmenden Macht multinationaler Unternehmen, der Ausbeutung von Arbeitskräften sowie der Missachtung der Menschenrechte.⁵² Dem entgegen müssen Themen heute international und oft auch global aktiv angegangen werden. Im Aufgabenbereich des NABU sind dies vor allem der Klimaschutz und die Abwehr der Naturkrise.

4. Betroffenheit des NABU

Im Folgenden werden Aspekte betrachtet, die sowohl die spezifische Facharbeit des NABU als Interessenvertretung des Umwelt- und Naturschutzes betreffen, als auch den NABU als Nichtregierungsorganisation (NGO) in seinen Handlungsmöglichkeiten potenziell stark einschränken können. Populistische Darstellungen greifen bestimmte Fachthemen auf und bieten dafür einfache Lösungen an, die aber vor allem den eigenen populistischen Zielen dienen sollen. Populismus berührt darüber hinaus grundsätzliche Fragen des Rechtsstaates und des liberalen Demokratieverständnisses - und

⁴⁹ Nach Stern, F. (2018). Kulturpessimismus als politische Gefahr. Eine Analyse nationaler Ideologie in Deutschland. Stuttgart: Klett-Cotta.

⁵⁰ Allerdings zeigt sich, dass diese Spaltung längst nicht so weit fortgeschritten ist, wie medial oftmals behauptet: Mau, S. et al. (2023): Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Edition Suhrkamp.

⁵¹ <https://www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/AfD-Positionen-schaden-Deutschlands-Digitalwirtschaft>, abgerufen 6. März 2024

⁵² <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/globalisierung/52525/globalisierungskritik/>; abgerufen 1. Januar 2024

damit generell die Rolle des NABU in der Zivilgesellschaft. Wie sind der NABU und seine Mitglieder also konkret vom Rechtspopulismus betroffen?

Populismus - Inhaltliche Dissonanzen: Klimawandel & Co.

Der NABU hat sich bereits mit manchen relevanten Themen des Naturschutzes, die vom Populismus instrumentalisiert werden können, auseinandergesetzt und diese argumentativ bearbeitet.⁵³ Im Folgenden wird darauf verzichtet, diese Darstellung hier erneut zu referieren. Es ergeben sich darüber hinaus aber weitere Aspekte, die nun stärker orientiert am aktuellen politischen Hintergrund diskutiert werden.

Klimaschutz

Ein zentrales Credo des Rechtspopulismus in Deutschland ist die Ablehnung des Klimaschutzes. Er wird daher hier getrennt von anderen Umwelt- und Naturschutzthemen behandelt.

Der Klimawandel wird zwar Großteils nicht mehr negiert, der Mensch als Verursacher aber weitgehend ausgeschlossen. Damit verbunden ist eine inhaltliche Ausgrenzung und Diffamierung: Der Klimaschutz wird als ‚unnötig, wirtschafts-‘, und ‚sozialschädlich‘ dargestellt und deshalb abgelehnt. Klimaveränderungen werden wahrgenommen. Dementsprechend werden Klimaanpassungsmaßnahmen nicht völlig abgelehnt⁵⁴, eine Energiewende und wirtschaftliche Transformation zum Schutz des Klimas selbst aber für unnötig erachtet.

Es gibt aber deutliche Unterschiede im europäischen, Populismus-orientierten Parteienspektrum⁵⁵: Während die Alternative für Deutschland (AfD) den menschengemachten Klimawandel leugnet, erkennen die ungarische Regierungspartei Fidesz, die Finnenpartei oder die Nationale Allianz aus Lettland den Klimawandel an und unterstützen aktiv Klimaschutzmaßnahmen – im Sinne des ‚Heimatschutzes‘.

Strategischer Motor für die Abgrenzung vom Klimaschutz ist in Deutschland vor allem der Glaube an und die propagierte Notwendigkeit eines weitgehend unbegrenzten Wirtschaftswachstums. Hier zeigen sich deutliche Überschneidungen des Populismus mit dem Neoliberalismus, der ebenfalls allein auf die Marktkräfte als vermeintliche Grundlage für Wohlstand setzt, soziale Ungleichheiten aber als naturgegeben ansieht und staatliche Eingriffe weitgehend ablehnt. Viele rechtspopulistische Parteien und Bewegungen in Europa sind aus neoliberalen Netzwerken hervorgegangen⁵⁶. Der Populismus unterstützt vor allem ‚alte‘ Unternehmungen der Energiewirtschaft, wie die Verbrennung von Kohle, Erdöl und Gas zur Energieerzeugung. Statt einer Energiewende wird die Atomkraft befürwortet.

Öffentlich werden die sozialen Kosten des Klimaschutzes besonders betont. Der Klimawandel wird aber auch strategisch verleugnet, weil sonst zugegeben werden müsste, dass dieses Problem ohne internationale Kooperation nicht lösbar ist. Ein nationaler

⁵³ NABU-Studie zu rechten Aktivitäten im Naturschutz (2022) - <https://www.nabu.de/wir-ueber-uns/organisation/31953.html>, abgerufen 13. Dezember 2023

⁵⁴ Demgegenüber aber: AfD-Pressemittelungen - <https://afdbundestag.de/martin-sichert-hitzeschutzplan-der-regierung-ist-teil-einer-ideologisch-verblendeten-politik/>; abgerufen 15. Dezember 2023

⁵⁵ Dlf: Europas Rechtspopulisten (2019): Klimapolitisch keine klare Linie - <https://www.deutschland-funk.de/europas-rechtspopulisten-klimapolitisch-keine-klare-linie-100.html>

⁵⁶ Akademie für politische Bildung (2020): Neoliberalismus und Rechtspopulismus - <https://www.apb-tutzing.de/news/2020-01-09/neoliberalismus-und-rechtspopulismus>

Souveränitätstransfer oder gar eine Umverteilung zugunsten des globalen Südens zur Steuerung und Lösung supranationaler Aufgaben wird jedoch abgelehnt.⁵⁷

Weitere Umwelt- und Naturschutzthemen

Eine Auswertung von aktuellen Pressemitteilungen der AfD-Fraktion im Bundestag⁵⁸ zeigt einen überdeutlichen Schwerpunkt bei Äußerungen zum Thema ‚Ausländer/Migration‘ und allgemeiner zum Islam. Zu konkreteren Natur- und Klimaschutz-Themen ergibt sich im Einzelnen folgendes Bild. Dieses wird – wo möglich und nötig – abgeglichen und ergänzt durch Aussagen des Grundsatzprogramms der AfD⁵⁹ bzw. dessen aktualisierten Wahlfortschreibungen:

- Der Staat soll sich programmatisch – entsprechend der **neoliberalen Wurzeln** des Populismus – auf die vier Gebiete ‚Innere und äußere Sicherheit‘, ‚Justiz‘, ‚Auswärtige Beziehungen‘ und ‚Finanzverwaltung‘ beschränken. *„Auf breiter Front“* soll dereguliert und *„Bürokratie abgebaut“* werden. Unklar ist, ob Umwelt- und Naturschutz danach noch zu den **Kernaufgaben des Staates** gehören. Zu erwarten ist, dass – wie üblich – vor allem Umwelt- und Naturschutzauflagen und deren Verwaltung massiv ‚dereguliert‘ werden sollen.
- Die Arbeit von **zivilgesellschaftlichen Organisationen**, die sich die Kontrolle des Lobbyismus zum Ziel gesetzt haben, begrüßt die AfD *„insoweit“* ausdrücklich. Gefordert wird die *„Stärkung verbraucherschützender Einrichtungen wie die Stiftung Warentest und die Verbraucherzentralen“*. Andere Organisationen wie die Belange der Zivilgesellschaft allgemein werden programmatisch nicht erwähnt.
- Programmatisch anerkannt wird, dass *„neben Nitraten immer mehr Medikamentenrückstände, Nanopartikel, Plastikfäden und Drogenrückstände“* das **Trinkwasser belasten**. Danach muss *„die Einleitung von Schadstoffen in den Wasserkreislauf durch vorbeugenden Gewässerschutz verringert werden, damit Trinkwasser in Zukunft nicht zu einer Gesundheitsgefahr für die Verbraucher wird“*.
- Der Schutz der Umwelt vor **Pestizideinträgen** (Glyphosat) wird aber abgelehnt.⁶⁰ Die EU-Verordnung zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln *„gehört ersatzlos abgeschafft“*.⁶¹ Im Grundsatzprogramm von 2016 ist dagegen noch vermerkt, dass sich die AfD, bis zur fundiert nachgewiesenen Unschädlichkeit für Mensch und Tier, ausdrücklich gegen den Einsatz von Glyphosat beim Pflanzenschutz ausspricht.
- Das ‚**EU-Nature Restoration Law**‘ wird abgelehnt, weil es angeblich *„radikal in die Eigentumsfreiheit der Bauern“* eingreift. Statt rechtlicher Regelungen sollen finanzielle Anreize geschaffen werden.⁶²
- Regelungen zum **Eintrag von Düngemitteln** zum Schutz der Umweltqualität von Gewässern werden weitestgehend abgelehnt bzw. unter starken wirtschaftlichen Vorbehalt gestellt: *„Die verschärfte neue Düngeverordnung widerspricht (...) der guten landwirtschaftlichen Praxis und gefährdet den Anbau von Kulturpflanzen*

⁵⁷ K. Jacon et al. (2020): Populismus und Klimapolitik in Europa - https://duepublico2.uni-due.de/servlets/MCRFileNodeServlet/duepublico_derivate_00075974/Jacob_et_al_Populismus_Klimapolitik_Europa_AAM.pdf

⁵⁸ AfD-Pressemitteilungen, ausgewertet vom 1. Mai bis 15. Dezember 2023 - <https://afdbundestag.de>

⁵⁹ Grundsatzprogramm AfD - https://www.afd.de/wp-content/uploads/2023/05/Programm_AfD_Online_.pdf; abgerufen 5. Januar 2023

⁶⁰ AfD-Pressemitteilung - <https://afdbundestag.de/stephan-protschka-bundesregierung-darf-bei-glyphosat-kein-geisterfahrer-sein/>; abgerufen 15. Dezember 2023

⁶¹ AfD-Pressemitteilung - <https://afdbundestag.de/stephan-protschka-eu-verordnung-zur-nachhaltigen-verwendung-von-pflanzenschutzmitteln-gehört-ersatzlos-gestrichen/>; abgerufen 15. Dezember 2023

⁶² AfD-Pressemitteilung - <https://afdbundestag.de/stephan-protschka-naturschutz-geht-nur-gemeinsam-mit-den-bauern/>; abgerufen 15. Dezember 2023

mit hohem Nitratbedarf, wie z. B. Kartoffeln, Getreide und Mais. Die AfD fordert die Revision der Düngeverordnung, die Aufhebung der pauschalen Reduktion der Düngemengen und die präzise Ermittlung von Eintragsquellen nach dem Verursacherprinzip unter Beachtung von Kostenwirksamkeit und Verhältnismäßigkeit.⁶³

- **Öko-Standards beim Bauen** werden abgelehnt,⁶⁴ ebenso wie die **Wärmeplanung**⁶⁵ und das **Heizungsenergiegesetz (GEG)**.⁶⁶ Deren Auswirkungen auf den Klimaschutz werden stark relativiert.
- **Photovoltaik** „soll zukünftig nur noch auf Dachflächen, Industrie- und Gewerbegebäuden, Parkplätzen oder Verkehrsflächen errichtet werden dürfen“, und nicht mehr auf landwirtschaftlichen Nutzflächen.⁶⁷
- Das **EU-Lieferkettengesetz** zur Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards wird als „Bürokratiemonster“ abgelehnt.⁶⁸
- Die **Verkehrswende** wird als „Umerziehung“ abgelehnt,⁶⁹ ebenso speziell die Einrichtung von Sonderfahrspuren für klimafreundliche Mobilitätsformen und Tempo-30-Zonen.⁷⁰ Die AfD fordert im Programm die „Freie Fahrt für freie Bürger“ und lehnt alle Beschränkungen aus anderen Gründen als der Verkehrssicherheit ab.
- Die **Verinselung von Lebensräumen** wird kritisiert. Gefordert wird „der Neubau von Querungshilfen und Wildbrücken und eine schnelle Abschaffung von rotwildfreien Gebieten“ und eine „geschickte Lebensraumvernetzung“⁷¹ – primär begründet aus jagdlicher Sicht. Die AfD bekennt sich programmatisch zu den „bewährten Grundsätzen der waidgerechten Hege und Jagd“ und sieht „Jäger als Naturschützer“.
- Der ‚Wolf‘ ist vergleichsweise häufig in Äußerungen präsent. Er soll regulär im Rahmen eines „zeitgemäßen Wildtiermanagements“ bejagt werden, „um die gesellschaftliche Akzeptanz der Wiederbesiedlung des Wolfes zu stärken“ (u.a.^{72,73}).
- Eine Anpassung der **Friedhofskultur** an den Klimawandel wird als „pietätlos“ abgelehnt.⁷⁴
- In der **Meeresfischerei** wird die Bindung der Fangquote an den Kutter abgelehnt. Die AfD lehnt es programmatisch ab, die **Stellnetzfischerei** in Ostseeschutzgebieten zu verbieten und die **Naturschutz-Kernzonen** auszuweiten.

⁶³ https://www.afd.de/wp-content/uploads/2021/06/20210611_AfD_Programm_2021.pdf abgerufen 1. Februar 2024

⁶⁴ AfD-Pressmitteilung - <https://afdbundestag.de/marc-bernhard-migration-steuern-und-oeko-standards-machen-wohnen-unbezahlbar/>; abgerufen 15. Dezember 2023

⁶⁵ AfD-Pressmitteilung - <https://afdbundestag.de/carolin-bachmann-waermewende-macht-ganz-deutschland-zur-industriebranche-mit-waermestuben/>; abgerufen 15. Dezember 2023

⁶⁶ AfD-Pressmitteilung - <https://afdbundestag.de/marc-bernhard-ampel-taeschut-die-menschen-beim-heizungsgesetz/>; abgerufen 15. Dezember 2023

⁶⁷ AfD-Pressmitteilung - <https://afdbundestag.de/stephan-protschka-freiflaechen-photovoltaikanlagen-zerstoeren-unsere-schoene-heimat/>; abgerufen 15. Dezember 2023

⁶⁸ AfD-Pressmitteilung - <https://afdbundestag.de/enrico-komning-buerokratiemonster-eu-lieferkettengesetz-aufhalten-2/>; abgerufen 15. Dezember 2023

⁶⁹ AfD-Pressmitteilung - <https://afdbundestag.de/dirk-spaniel-gruende-fuer-niedergang-der-deutschen-automobilindustrie-klar-benennen/>; abgerufen 15. Dezember 2023

⁷⁰ AfD-Pressmitteilung - <https://afdbundestag.de/dirk-spaniel-neues-strassenverkehrsgesetz-gibt-falsche-impulse/>; abgerufen 15. Dezember 2023

⁷¹ AfD-Pressmitteilung - <https://afdbundestag.de/peter-felser-fuer-heimisches-rotwild-endlich-artgerechte-lebensraeume-schaffen/>; abgerufen 15. Dezember 2023

⁷² AfD-Pressmitteilung - <https://afdbundestag.de/andreas-bleck-lemkes-plan-fuer-schnelleren-abschluss-von-woelfen-ist-symptombekaempfung/>; abgerufen 15. Dezember 2023

⁷³ AfD-Pressmitteilung - <https://afdbundestag.de/stephan-protschka-bundesregierung-will-das-wolfproblem-offensichtlich-gar-nicht-loesen/>; abgerufen 15. Dezember 2023

⁷⁴ AfD-Pressmitteilung - <https://afdbundestag.de/carolin-bachmann-nicole-hoehst-klimaanpassung-auf-friedhoeften-ist-pietaetlos/>; abgerufen 15. Dezember 2023

- Das Kulturgut ‚**Fischteiche**‘ soll bewahrt werden: *„Wir müssen Fischräuber in den Teichgebieten unbedingt länderübergreifend regulieren sowie Schutz- und Ausgleichsmaßnahmen vollumfänglich und unbürokratisch gewährleisten.“*⁷⁵
- Der Schutz von **Honigbienen** (bzw. der Ausbau der Imkerei) wird zur *„Ernährungssicherung und für eine gesunde Umwelt“* propagiert, und in diesem Zusammenhang auch die Förderung häufigerer Fruchtfolgen und die Anlage von Blühstreifen gefordert⁷⁶.
- Gegen das **Volksbegehren ‚Rettet die Bienen‘** hat die AfD allerdings vor dem Bayrischen Verfassungsgerichtshof (erfolglos) geklagt,⁷⁷ und sich dabei vor allem für die Belange der Landwirtschaft eingesetzt. Für eine nach dem eigenen Verständnis basisdemokratisch verortete Partei ist die Klage allerdings kaum begründbar.
- Bei gravierenden rechtlich-fachlichen Konflikten zwischen dem Ausbau der **Infrastruktur** und Wirtschaftsinteressen lässt sich aus Stellungnahmen auf Landesebene gegen entsprechende Aktivitäten von Naturschutzverbänden deutlich ablesen, dass deren rechtsstaatsbezogene Möglichkeiten nicht unterstützt werden. *„Die Durchsetzung des Rechts ist Sache des Staates. Dieser (...) muss dafür Sorge tragen, dass das Recht korrekt angewandt wird.“*⁷⁸
- Das Programm legt fest, dass *„naturschutzfachliche Ausgleichsmaßnahmen zu reduzieren und in aller Regel so zu gestalten sind, dass sie nicht zu Lasten land- und forstwirtschaftlicher Flächen gehen“*.
- Sehr weitreichend klingen zunächst die programmatischen Forderungen zum **Tierschutz**. Die AfD lehnt Ausnahmen für *grausame oder unnötige* Tierversuche auch in der Wissenschaft ab. Die *gesetzlich vorgeschriebene artgerechte* Haltung von Tieren muss in der Landwirtschaft (bei *nicht artgerechten* Massentierhaltungen), im Zoo, im Zirkus (Verbot der Haltung von großen Wildtieren), in Delphinarien und in der Haustierhaltung durchgesetzt werden. Auffallend ist der weitgehende Bezug nur auf bestehendes Recht, und die Betonung von Sachverhalten, die bereits verboten sind (*kursiv gekennzeichnet*) – wohl eine Strategie, mit der dominierenden Wirtschaftsorientierung in der AfD einerseits, und dem stärker Populismus-orientierten Engagement mancher Tierschützer*innen andererseits programmatisch umzugehen.
- Der Populismus stellt sich nicht der Verantwortung für den Erhalt **global bedeutsamer Lebensräume** wie der Regenwälder im Amazonasgebiet in Südamerika oder anderen Regionen. Die erhoffte wirtschaftliche Entwicklung wird den Bedenken gegen eine Zerstörung des weltweit klimatisch und naturschutzbezogen bedeutsamsten Feuchtgebietes der Welt vorangestellt. Dies auch in Brasilien, das Populismus-orientiert regiert wurde.⁷⁹
- Auf eine spezifischere Darstellung aller Äußerungen zur (geforderten Nutzung von) **Kernenergie** wird hier verzichtet, da diese Querverweise zu den Themen Wirtschaft und Energie in sehr vielen Pressemitteilungen erfolgen.

Die öffentlichen Äußerungen auch namhafter Vertreter*innen des Populismus, etwa in den sozialen Medien, unterscheiden sich in ihrer Radikalität oft deutlich von den eher

⁷⁵ AfD-Pressemitteilung - <https://afdbundestag.de/stephan-protschka-regierung-muss-das-kulturgut-teichwirtschaft-bewahren/>; abgerufen 15. Dezember 2023

⁷⁶ AfD-Pressemitteilung - <https://afdbundestag.de/peter-felser-deutschland-braucht-weitere-imker/>; abgerufen 15. Dezember 2023

⁷⁷ Br24: Verfassungsgerichtshof lehnt AfD-Klagen zu Artenschutz ab. <https://www.br.de/nachrichten/bayern/verfassungsgerichtshof-lehnt-afd-klagen-zu-artenschutz-ab,Tt2aqt7>

⁷⁸ AfD-Wahlprogramm 2017 - https://www.afd.de/wp-content/uploads/2017/06/2017-06-01_AfD-Bundestagswahlprogramm_Onlinefassung.pdf abgerufen 1. Februar 2024

⁷⁹ IDOS (2019) - <https://www.idos-research.de/die-aktuelle-kolumne/article/ueberlebt-der-amazonas-regenwald-die-populistische-regierung/>

‚harmlos und unverfänglich‘ formulierten Positionen in den Programmpapieren. Dies ermöglicht es dem Populismus, sich bei deutlicher Kritik gegebenenfalls als Partei abzugrenzen, aber dennoch als gezielte Strategie das gesamte Meinungsspektrum innerhalb dieser Positionen abzudecken. Noch radikaler sind Populist*innen, wenn sie vor ihren eigenen Anhänger*innen sprechen.⁸⁰

Fazit: Umwelt- und Naturschutz sind für den Rechtspopulismus nur dann von Bedeutung, wenn sie wirtschaftlichen Interessen nicht entgegenstehen und sich argumentativ generell in das rechtspopulistische Weltbild integrieren lassen. Dies dürfte auch der Grund dafür sein, dass der Rechtspopulismus in Deutschland mit seiner einseitigen Wirtschaftsorientierung und der Ablehnung des Klimaschutzes bei den Mitgliedern der Umwelt- und Naturschutzverbände derzeit keine größere Resonanz findet.

Anknüpfungspunkte zum Rechtspopulismus könnten sich allerdings über den ‚Heimatschutz‘ ergeben. Der Rechtspopulismus greift ihn bisher vor allem dann auf, wenn er gegen den Ausbau erneuerbarer Energien gerichtet werden kann - was für ‚reine‘ Naturschützer, die seine Vorgeschobenheit nicht wahrnehmen, ein stärkerer Identifikationspunkt sein kann. Er wird insbesondere auch dann bemüht, wenn es um den Schutz von ‚Heimat‘ bzw. ‚Wald, Natur, Umwelt‘ gegen den Ausbau erneuerbarer Energien geht.⁸¹ Deshalb engagiert sich der NABU konsequent für deren ‚naturverträglichen Ausbau‘.

Generell verbinden populistische Ideologien rückwärtsgewandte, antidemokratische und menschenverachtende Konzepte mit progressiven Elementen wie Postwachstumsökonomie, Bioregionalismus und Nachhaltigkeitskonzepten. Darüber hinaus häufen sich Berichte über völkische und esoterische Siedlungsprojekte mit Einfluss auf ökologische Anbauverbände und die ökologische Lebensmittelwirtschaft als Ausdruck rechter Landnahme-Strategien.

Inwieweit sich die inhaltlichen Anknüpfungspunkte an Natur- und Heimatschutzideen des Nationalsozialismus weiterentwickeln werden, ist derzeit offen. Mit einer weiteren inhaltlichen Öffnung des Rechtspopulismus in Richtung einer extremen Blut-und-Boden-Ideologie erscheint dies zunehmend wahrscheinlich.

In der Praxis werden die Belange der Biodiversität und des Klimaschutzes auch von demokratischen Parteien oft nicht prioritär behandelt, was dazu führt, dass populistische Diskurse verbreitet und gefördert werden. Einige politische Vertreter*innen nutzen einfache populistische Argumente, um die Positionen der Umweltverbände mit falschen Behauptungen zu diskreditieren.

Bedrohung für den NABU?

Im autokratisch-populistisch regierten Russland wurde mit der institutionellen Gleichschaltung von Verfassungsorganen und Medien seit dem Jahr 2015 auch die Arbeit von internationalen NGOs drastisch eingeschränkt, bis zu deren Verbot als ‚unerwünschte ausländische Organisation‘. Darunter sind die Böll-Stiftung sowie seit dem Jahr 2023

⁸⁰ M. Kraske (2021): Tatworte – Denn AfD und Co meinen, was sie sagen. Ullstein Verlag.

⁸¹ Etwa AfD-PM - <https://afdbundestag.de/alice-weidel-gruene-windkraft-lobby-zerstoert-wald-natur-und-umwelt-und-die-cdu-macht-mit/>; abgerufen 15. Dezember 2023

Greenpeace⁸² und der WWF⁸³. Dort stark eingeschränkt ist auch die internationale Arbeit des NABU⁸⁴. In zunehmendem Maße sind Organisationen betroffen, die ursprünglich sowjetisch bzw. russisch waren, aber wegen Repressionen ins Exil gehen mussten.

Ähnliches gilt für rechtspopulistisch regierte Staaten in der EU. Doch hier ist die Einflussnahme der Regierungen eher subtil. In Ungarn müssen sich NGO seit 2021 einer Prüfung durch den staatlichen Rechnungshof unterziehen, wenn sie einen bestimmten Zuschuss-Betrag aus dem Ausland überschreiten. Gegen eine erste Regelung von 2017 war die EU mit einem Vertragsverletzungsverfahren vorgegangen, nachdem der EuGH das Gesetz als ‚diskriminierend und stigmatisierend‘ beurteilt hatte⁸⁵. Unter aktuellere Pläne für ein zentrales ‚Büro zum Schutz der Souveränität‘ fallen auch NGO, die mit politischen Äußerungen zu Wahlen aktiv werden.

Das polnische Unterhaus hatte 2017 in Warschau ein umstrittenes Gesetz zur Arbeit von NGO verabschiedet. Darin war die Schaffung eines ‚Nationalen Freiheitsinstituts‘ vorgesehen, das unter anderem die Vergabe von Finanzmitteln an die NGOs verantwortet. Befürchtet wurde eine einseitig interessengeleitete Steuerung der Finanzausweisungen durch die Regierung, die in Polen traditionell für Verbände eine stärkere Rolle spielen⁸⁶.

Ein solches Verhalten einer Regierung gegenüber NGOs zeigt eine anhaltende Tendenz zur indirekten Einflussnahme auf deren inhaltliche Ausrichtung und Meinungsäußerung - und damit gegen ein Markenzeichen der Demokratie. NGOs sind generell ein wichtiges Mittel für die Bevölkerung, ihre Interessen unabhängig in der Öffentlichkeit zu vertreten.

Doch auch in der Bundesrepublik gibt es kritikwürdige Entwicklungen. Als ähnlich bedenklich interpretiert wird u.a. das Verhalten des sächsischen Rechnungshofes, der mit seiner grundlegenden Kritik an Förderprogrammen der Landesregierung *„... versucht auch die staatlich geförderte Zivilgesellschaft an die Kandare zu nehmen, indem er sich Regierungskritik verbietet und politische Neutralität einfordert.“* Damit will dieser *„...im Gleichlauf mit dem Geldfluss eine Willensbildung von den Staatsorganen zum Volk hin durchsetzen.“* ... Das staatliche Neutralitätsprinzip aus Art. 21 I Grundgesetz (GG), Art. 3 I GG, Art. 20 I, II GG und Art. 38 I S. 1 GG schützt eigentlich einen staatsfreien politischen Prozess, in dem sich *„die Willensbildung vom Volk zu den Staatsorganen hin vollzieht, nicht umgekehrt von den Staatsorganen zum Volk hin“*. So formulierte es das Bundesverfassungsgericht in seiner Grundsatzentscheidung über die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung *„Tatsächlich ist der Sonderbericht aber ein weiterer Erfolgsschritt einer langjährigen Strategie der AfD, genau dieses staatliche Neutralitätsprinzip als Waffe zur Einschüchterung einer demokratischen Zivilgesellschaft zu instrumentalisieren.“*⁸⁷ Zu diesem Zweck fragt die AfD regelmäßig nach den finanziellen Mitteln und politischen Stellungnahmen der NGOs. Eine Neutralitätspflicht besteht

⁸² GREENPEACE: Umweltschutz in Russland „unerwünscht“ - <https://www.greenpeace.de/ueber-uns/leitbild/umweltschutz-russland-unerwuenscht>

⁸³ WWF Russland verlässt internationales WWF-Netzwerk - <https://www.wwf.de/russland-verlaesst-wwf-netzwerk>

⁸⁴ TENNHARDT, T. & C. ZÖCKLER (2023): Icarus ist abgestürzt - Naturschutzarbeit mit russischer Zivilgesellschaft unter Kriegsbedingungen. Schattenblick - Rundbrief 2/2023: <http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/internat/uipr0133.html>

⁸⁵ <https://www.zois-berlin.de/publikationen/ungarns-regierung-geht-weiter-gegen-ngos-vor>

⁸⁶ Schöne Erklärungen, gefährliche Praktiken: die polnische Regierung und die NGOs - <https://www.laenderanalysen.de/polen-analysen/209/schoene-erklarungen-gefaehrliche-praktiken-die-polnische-regierung-und-die-ngos/>

⁸⁷ Nach Verfassungsblog (2023, verändert) - <https://verfassungsblog.de/weaponized-neutrality/>; abgerufen 2. Januar 2024

nur dann, wenn der Staat Mittel vergibt, die ausschließlich der ‚Bekämpfung‘ einer Partei dienen würden. Die Förderung einer NGO für andere Projekte löst hingegen keine generelle Neutralitätspflicht aus. Als ‚Grundrechtsträger‘ behalten sie ihren auf Art. 5 I GG gestützten Meinungsäußerungsspielraum.

Für den NABU besteht die Aufgabe, sich gegen Tendenzen zu stellen, die die Meinungsfreiheit auf diese Weise gefährden könnten. Dass allerdings die finanzielle Förderung eines Bundeslandes für Projekte von Naturschutzverbänden negativ in Zusammenhang gebracht wird mit deren Verhalten in Klageverfahren wie der A20, ist politisch nicht neu⁸⁸ (Stellungnahme des NABU s. ⁸⁹). Auch die AfD Sachsen hat dies in einem Klageverfahren des NABU bereits so vorgebracht.⁹⁰ Ostsee-Nationalparkgegner stellten die Finanzen des NABU in einen Zusammenhang mit dessen positiver Äußerung zum Nationalpark und bezichtigten den Verband, sich „außerhalb des demokratischen Spektrums zu bewegen.“⁹¹

Denn ganz frei von politischen Ressentiments gegen NGOs scheint die Bundesrepublik im Allgemeinen nicht zu sein: Neben der üblichen Diffamierung von Naturschutzpositionen durch Politiker*innen lässt sich auch das Vorgehen von Justizbehörden, Polizei (Landeskriminalamt LKA) u.a. gegen die ‚Letzte Generation‘ (LG) entsprechend bewerten. Im Zuge von Ermittlungen des LKA Bayern wegen angeblicher ‚Bildung einer kriminellen Vereinigung‘ wurden deren Spendenkonten gesperrt, Hausdurchsuchungen durchgeführt und die Internetpräsenz zeitweise lahmgelegt.⁹² Ob dies gerechtfertigt war, wird von vielen Jurist*innen – und in Landesbehörden – als fraglich angesehen.⁹³ Die Gruppe agiert dabei gewaltfrei, zieht aber durch als ‚unangemessen und kriminell‘ dargestellte Protestformen, deren strafrechtliche Relevanz aber juristisch erheblich bezweifelt wird⁹⁴, öffentlich Kritik auf sich. Dabei wurde auch in die Grundrechte von Journalisten eingegriffen, die über deren Aktivitäten berichteten.⁹⁵ ‚Fridays For Future‘ (FFF) geriet ebenfalls in den Fokus von staatsanwaltlichen Ermittlungen, im Zuge derer Personenlisten abgegriffen wurden. Oftmals wird stark unterschieden, welche gesellschaftliche Gruppe ihre Proteste öffentlich macht: wirksame Straßenproteste von Interessengruppen wie Landwirten stoßen auf deutlich weniger politischen, öffentlichen und medialen Vorbehalt.

Es wird vermutet, dass das Vorgehen des Staates vor allem auf Einschüchterung und Unterdrückung kritischer Äußerungen abzielt. Es legt aber auch den Grundstein für ein verschärftes Vorgehen gegen kritische NGOs und lotet dafür die rechtlichen Möglichkeiten aus. Sie ebnet gegebenenfalls den Weg für den Fall, dass eine Regierung mit rechtspopulistischer Beteiligung ‚das Ruder übernimmt‘. Politisch vorausschauend ist dieses Verhalten nicht. Im Falle einer Verstärkung und Ausweitung solcher Aktionen

⁸⁸ <https://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2016-10-27-11-10-47-6701/?tVon=27.10.2016&tBis=27.10.2016>; abgerufen 16. Dezember 2023

⁸⁹ Pressemitteilung NABU Schleswig-Holstein (2016) - https://schleswig-holstein.nabu.de/modules/presse-service/index.php?popup=true&db=presseservice_schleswig_holstein&show=852; abgerufen 16. Dezember 2023

⁹⁰ Naturschutzbund Sachsen gefährdet sächsische Tourismus-Hochburg! – AfD-Fraktion Sachsen (afd-fraktion-sachsen.de)

⁹¹ Pressemitteilung von „Freie Ostsee Schleswig-Holstein“ auf den offenen Brief des NABU - 5. Oktober 2023

⁹² Letzte Generation: <https://letztegeneration.org/>

⁹³ So u.a. Verfassungsblog: Die Letzte Generation, die EMRK und das Strafrecht - <https://verfassungsblog.de/die-letzte-generation-die-emrk-und-das-strafrecht/>

⁹⁴ So u.a. Verfassungsblog: Auto fahren oder Klima retten? - <https://verfassungsblog.de/auto-fahren-oder-klima-retten/>

⁹⁵ Süddeutsche Zeitung: Fühlt Euch gesehen! - <https://www.sueddeutsche.de/medien/letzte-generation-lka-bayern-journalisten-abgehört-pressefreiheit-urteil-amtsgericht-muenchen-1.6312811?reduced=true>

durch eine populistisch orientierte Regierung würde auch der NABU unter massiven öffentlichen und institutionellen Druck geraten.

Für Populisten sind LG und FFF bevorzugte Angriffs- und Diffamierungsobjekte. Doch gehen im Osten der Bundesrepublik Neonazis auch gegen Organisationen wie den NABU und den BUND vor und versuchen auf Ortsebene, diese entweder zu unterwandern oder durch massiven Druck deren Auflösung zu erreichen.⁹⁶ Dabei ist von einem erheblichen Maß an psychischer Gewalt auszugehen. Dabei besteht latent auch die Gefahr, dass die Zivilgesellschaft zum Einfallstor des Rechtspopulismus werden kann.⁹⁷

Populismus: Grundgesetz und Rechtsstaatlichkeit

Die aus dem engen Volksbegriff des Populismus abgeleitete Ausgrenzung von Teilen der Gesellschaft verstößt gegen den Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes. Die Regelungen der Bundessatzung des NABU greifen diesen jedoch auf und wären bei konsequenter Anwendung allein schon Grund genug, rechtspopulistisch orientierte Mitglieder aus dem Verband auszuschließen. Die demokratisch legitimierte Delegierten der Bundesvertreterversammlung (BVV) des NABU haben sich zu humanitär begründeten Werten bekannt. Die Untergliederungen haben dieses Bekenntnis in ihre Satzungen aufgenommen. Auch aus seiner Geschichte heraus, in der jüdische Mitbürger*innen ab 1941 aus dem Verband ausgeschlossen wurden, bekennt sich der NABU heute satzungsgemäß uneingeschränkt zu den individuellen Grundrechten aller seiner Mitglieder.

Teile der AfD, darunter deren Jugendorganisation, sechs Landesverbände und die Bundespartei, werden wegen rechtsextremer Tendenzen vom Bundesamt für Verfassungsschutz als ‚Verdachtsfall‘ eingestuft. AfD Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen gelten als Partei mit ‚gesichert rechtsextremistischen Bestrebungen‘⁹⁸. Für ein Verbot einer Partei und Organisation müssten aber weitere Kriterien erfüllt sein. Sie müssen dafür „planvoll das Funktionieren der freiheitlichen demokratischen Grundordnung beseitigen wollen“.⁹⁹ Der parteigebundene Populismus entwickelt sich derzeit in einigen Bereichen aber deutlich in diese Richtung.

Kritische Zivilgesellschaft

„Eine Demokratie gedeiht, wenn die Mehrzahl der gewöhnlichen Bürger über hinreichende Möglichkeiten verfügt, die Tagesordnung öffentliche Debatten mitzubestimmen, sei es über Diskussionen oder eigenständige Organisationen, und wenn sie die Möglichkeiten auch aktiv nutzt“¹⁰⁰.

Als mitgliederstarker gesellschaftlicher Akteur und Interessenvertreter tritt der NABU für die Beteiligung an demokratischen Prozessen unter rechtsstaatlichen Prinzipien ein. Er nutzt die bestehenden Möglichkeiten zur Einbringung und Durchsetzung seiner Ziele, fordert aber auch konsequent die Weiterentwicklung des Instrumentariums ein. Dazu benennt er Schwachstellen, die im gesellschaftlichen Diskurs aufgegriffen und angepasst werden müssen, ohne in eine Totalverweigerung des Erreichten zu verfallen.

⁹⁶ Jörg Andreas Krüger, NABU-Präsident, Gespräch am 10. Januar 2024; Matthias Laurisch, NABU-Fachbereich Engagement und Verbandsentwicklung, Gespräch am 23. Januar 2024

⁹⁷ Schroeder et al. (2022): Einfallstor für rechts? Zivilgesellschaft und Rechtspopulismus in Deutschland. Campus-Verlag.

⁹⁸ <https://www.rnd.de/politik/wo-gelten-afd-und-junge-alternative-als-gesichert-rechtsextrem-und-was-be-deutet-das-BEOYLLR67FCABBNQ6ESSRUZJWM.html>; abgerufen 6. März 2024

⁹⁹ BMI - <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/verfassung/parteienrecht/parteiverbot/parteiverbot-node.html>; abgerufen 19. Dezember 2023

¹⁰⁰ Crouch, C. (2022): Postdemokratie revisited. bpb. S. 22

Rechtsstaatliche Elemente von Beteiligungs- und Klagerechten von Bürger*innen sowie anerkannten Vereinen und Verbänden als partizipative Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen und Entscheidungen, die sich auch auf internationale Verpflichtungen beziehen, gewinnen gerade vor dem Hintergrund des Klimawandels und der sich verschärfenden Biodiversitätskrise immer mehr an Bedeutung. In manchen Fällen wird offensichtlich, dass ohne Urteile von Gerichten den übergeordneten, langfristigen Auswirkungen seitens Politiker*innen selten genügend Aufmerksamkeit gewidmet wird. Jüngst erfolgreiche Klima-¹⁰¹ und bereits seit längerem aus dem Planungsrecht begründete Umweltklagen können in Teilen in Politik, Medien und Verwaltung entsprechende Aufmerksamkeit und v.a. Handlungsdruck erzeugen.¹⁰²

Die Beteiligungsrechte des NABU haben bestehende Defizite aufgezeigt. Die möglichst frühzeitige Einbeziehung des NABU hat in vielen Fällen zu deutlichen Verbesserungen der Planungen geführt. So konnten manche Eingriffe in Ökosysteme und die biologische Vielfalt verhindert oder zumindest in ihren Auswirkungen begrenzt werden. Die Argumente, die von Kritikern dagegen vorgebracht werden, treffen in der Regel nicht zu: Zehnjährige Verzögerungen wie beim Bau der A20 bei Bad Segeberg sind vor allem auf Planungsmängel bei gleichzeitigem Personalmangel in den Genehmigungsbehörden zurückzuführen.¹⁰³ Die Erfolgsbilanz lässt erkennen, dass die Umweltverbände ihre Klagemöglichkeiten wirksam zum Abbau von Vollzugsdefiziten einsetzen. Das spricht dafür, dass diese bei der Auswahl der Fälle besonders auf die Erfolgsaussichten geachtet und vor allem bei gut belegbaren Vollzugsdefiziten geklagt haben.¹⁰⁴

Systembedingt längere Planungszeiträume sind im Rahmen eines rechtsstaatlich legitimierte Abstimmungsprozesses grundsätzlich hinzunehmen, an dessen Ende in der Regel eben auch ein besseres, insgesamt tragfähigeres Ergebnis stehen kann. Es ist ein Kennzeichen von Populismus, gerade diese rechtsstaatlichen Elemente zu diskreditieren, um das Verbandsklagerecht einseitig zu „reformieren“ (so in Schleswig-Holstein: ¹⁰⁵, ¹⁰⁶). Durch die rechtliche Einschränkung der Zugangsmöglichkeiten und letztlich durch die Gleichschaltung der Gerichte wird dann die unabhängige gerichtliche Kontrolle von Regierungs- und Verwaltungsentscheidungen zugunsten des Machterhalts ausgehebelt.

Der Populismus verbreitet die Skepsis gegenüber der Langsamkeit politischer und administrativer Entscheidungsprozesse und ‚bewundert‘ technokratische Autokratien wie China, wo Projekte in kurzer Zeit durchgesetzt werden, ohne durch die Einspruchsmöglichkeiten einer rechtsstaatlichen Demokratie aufgehalten zu werden. Dass deren Ergebnisse ‚besser‘ sind, gilt aber nur, wenn man außer der Geschwindigkeit alle anderen Qualitäten aus der Betrachtung ‚ausblendet‘. Gegenüber ihrer ‚statischen Effizienz‘ hat eine ‚dynamische Effizienz‘ aber den Vorteil, dass sie sich besser an sich ändernde Rahmenbedingungen (wie Klima- und Biodiversitätsschutz, aber auch andere, zum Teil

¹⁰¹ VERHEYEN, R. & A. ANDRES (2023): Wir alle haben ein Recht auf Zukunft. dtv.

¹⁰² Vereinsklagerechte für Naturschutzverbände - <https://schleswig-holstein.nabu.de/politik-und-umwelt/verbandsbeteiligung/fakten-hintergruende/index.html>; abgerufen 19. Dezember 2023

¹⁰³ NABU-Blogbeitrag: A20 – Eine unendliche Geschichte - <https://blogs.nabu.de/naturschaetze-retten/a20-eine-unendliche-geschichte/>; abgerufen 14. Dezember 2023

¹⁰⁴ SRU: Die Klagefähigkeit der Umweltschutzverbände im Zeitraum 2013 bis 2016. https://www.umwelt-rat.de/SharedDocs/Downloads/DE/03_Materialien/2016_2020/2018_04_Studie_Verbandsklagen.pdf?__blob=publicationFile&v=2

¹⁰⁵ So PM der Kieler Landtagsfraktion der AfD zur A20 - <https://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2019-01-24-18-07-18-142f/?tVon=&tBis=&qu=A20&n=15>

¹⁰⁶ Ebenda: <https://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2018-10-24-16-42-25-68e4/?tVon=&tBis=&qu=A20&n=15>

dem Projekt konkret entgegenstehende wirtschaftliche wie gesellschaftliche Interessen und Perspektiven) anpassen kann.¹⁰⁷

Internationales Engagement des NABU

Mit seiner Strategie will der NABU den internationalen Naturschutz langfristig, strukturell, mit starken Partnerorganisationen und mit ganzheitlichen Konzepten fördern. Neben dem Schutz und der Wiederherstellung von Ökosystemen basiert die Strategie auf der Stärkung einer nachhaltigen, natur- und klimaverträglichen Wirtschafts- und Arbeitsweise in Verbindung mit einer besonderen Förderung der Zivilgesellschaft. Handlungsgrundlage sind die NABU-Menschenrechtserklärung und die NABU-Leitlinien zum Umgang mit indigenen Völkern und Akteuren im internationalen Kontext.¹⁰⁸

Im Rahmen der geplanten Biodiversitätsstrategie will die Bundesrepublik Deutschland andere Länder und Akteure bei der Umsetzung ihrer nationalen Biodiversitätsstrategien und Aktionspläne (NBSAPs) unterstützen. Die deutsche Entwicklungspolitik fördert darüber hinaus eigene wirtschaftliche Interessen und dient auch dazu, durch die wirtschaftliche Stärkung lokaler Akteure in ihrem Umfeld ursächlich gegen eine ‚aus der Not geborene‘ Migration zu wirken. Gegenwärtig steht auch im Rahmen einer feministischen Außenpolitik die Förderung von Frauen im Mittelpunkt.

Aus NABU-Sicht müssen Entwicklungsmaßnahmen primär ökologisch und nachhaltig ausgerichtet sein und auch den Aufbau einer starken Zivilgesellschaft und einer Struktur von lokalen NGOs als Teil einer offenen, demokratischen und regelbasierten Gesellschaft befördern¹⁰⁹. Es ist mehr als fraglich, ob insbesondere unter dem ausgrenzenden Primat des Populismus (geringe Achtung und Wertschätzung anderer Menschen und Kulturen) eine effektive internationale Arbeit des NABU allgemein unterstützt wird und möglich bleibt: Der Populismus folgt nach innen dem Grundsatz, dass sich staatliches und gesellschaftliches Handeln primär an ‚deutschen‘ Wirtschaftsinteressen zu orientieren hat, diese also vorrangig im Blickfeld stehen sollen. Entwicklungspolitik wird im Populismus nicht mehr als originäres Instrument zur Förderung global nachhaltiger Entwicklung verstanden, sondern als Vehikel für enge nationale Ziele umgedeutet.¹¹⁰ Die Hilfe zur Selbsthilfe muss danach die sicherheitspolitische und außenwirtschaftliche Interessenlage Deutschlands „*stärker als bisher*“ berücksichtigen.¹¹¹ Diese Sichtweise dürfte sich auch negativ auf entwicklungspolitische Initiativen im NGO-Bereich auswirken, wenn die - ohnehin zu geringen - Mittel für Entwicklungsmaßnahmen unter diesem Primat weiter gekürzt oder einseitig zur Förderung nationaler Wirtschaftsziele umgeschichtet werden.

Ob eine rechtspopulistische Regierung darüber hinaus weiterhin den dezentralen, ökologisch-nachhaltigen Ansatz des NABU verfolgen wird, statt vor allem wirtschaftliche Großprojekte zu fördern, bleibt offen. Wie z.B. das vor allem am Eigennutz orientierte Verhalten Chinas zeigt, führt dies in der Konsequenz zu einer neuen Form des

¹⁰⁷ Nach A. Schäfer & M. Zürn (2021): Die demokratische Regression. Kap. 7. bpb.

¹⁰⁸ Svane Bender, Leiterin Afrikaprogramm NABU International, Telefongespräch 19. Dezember 2023

¹⁰⁹ Internationale NABU Strategie 2030 - https://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/international/nabu_internationale_strategie_2030_de.pdf; abgerufen 19. Dezember 2023

¹¹⁰ Populismus: Folgen für globale nachhaltige Entwicklung - <https://www.idos-research.de/analysen-und-stellungnahmen/article/populismus-folgen-fuer-globale-nachhaltige-entwicklung/>

¹¹¹ https://www.afd.de/wp-content/uploads/2023/05/Programm_AfD_Online_.pdf; abgerufen 5. Januar 2024

Wirtschaftskolonialismus, bei dem die betroffenen Staaten immer mehr in wirtschaftliche Abhängigkeit geraten.

Für den NABU ist ein solches Primat in seiner internationalen Arbeit äußerst fragwürdig: Schließlich sind viele Probleme des Umwelt- und Naturschutzes von länderübergreifender Bedeutung und lassen sich nicht regional eingrenzen. Zugvögel beispielsweise nutzen große geographische Räume als Lebensraum. Wer sie schützen will, muss international aufgestellt sein und dort organisatorisch und finanziell helfen, wo es aus eigener Kraft nicht möglich ist. Der Wert der Biodiversität ist zudem universell.

Grundsätzlich wird seitens des Populismus die Regelbarkeit internationaler Sachverhalte v.a. durch Institutionen wie die EU infrage gestellt. Internationale Organisationen werden deshalb zumeist der negativen, von außen gesteuerter Einflussnahme auf den eigenen Staat bezichtigt. Der deutsche Populismus erkennt zwar die UN, OSZE und NATO an¹¹², sieht aber bei den Organisationen einen – rechtspopulistisch begründeten – Reformbedarf. Damit wird eine supranationale, abgestimmte Steuerung von weltweiten Herausforderungen nahezu unmöglich gemacht. Die internationale Zusammenarbeit muss aber gerade im Umweltbereich - wo immer möglich - mit gemeinsamen, abgesicherten und verbindlichen Zielen, die sich auch an konkreten Maßnahmen orientieren, gestärkt werden. Sonst besteht die Gefahr, dass dieses internationale Ringen um Fortschritte von Populisten von vornherein als ‚sinnlos‘ definiert wird.

Vielmehr muss es darum gehen, die Rahmenbedingungen für globales Handeln so zu gestalten, dass sie den vielschichtigen Ebenen des Zusammenlebens gerecht werden. Die drastische Bevorzugung wirtschaftlicher Eigeninteressen im Populismus drängt jedoch derzeit wesentliche Elemente des Umwelt- und Naturschutzes deutlich in den Hintergrund.

¹¹² https://www.afd.de/wp-content/uploads/2023/05/Programm_AfD_Online_.pdf; abgerufen 5. Januar 2024

5. Handeln konkret – welche Ansätze gibt es?

Zum Umgang mit dem Populismus / AfD / Neonazismus gibt es bereits Angebote von NGOs. Eine Auswahl:

- Die Amedeu-Antonio-Stiftung hat einen Handlungsleitfaden herausgegeben, der grundsätzliche Möglichkeiten des Umgangs mit den Themen der AfD aufzeigt. Zudem wird dort auf vielfältige Angebote hingewiesen, die Argumentations- und Handlungshilfen bieten.¹¹³
- Die Arbeiterwohlfahrt (AWO) beschäftigt sich im Rahmen einer Handreichung ebenfalls mit menschenverachtenden, diskriminierenden und neonazistischen Tendenzen des Rechtspopulismus und Neonazismus.¹¹⁴
- Die DGB-Jugend bietet einen konkreten Handlungsleitfaden im Zuge einer Antifa-Strategie an.¹¹⁵
- Der NABU hat im März 2024 eine ‚Position zum Umgang mit der AfD‘ erstellt und im Bund-Länder-Rat verabschiedet.

Das Handeln im eigenen Verband sollte spezifischer auf den folgenden Maßnahmen fußen:

Politische Bildung

Zu einer erfolgreichen Auseinandersetzung gehört eine verstärkte politische Bildung, um v.a. auf die ‚Immunsierung‘ des eigenen Verbandes einzuwirken – und so auch beispielgebend für andere Verbände zu arbeiten.

Für den NABU relevant sind (ggf. auch daraus begründet) als Gegenstrategie zum Populismus folgende speziellere Empfehlungen: Zum einen ...

- das stärkere Bewusst-Machen von politischen und gesellschaftlichen Zusammenhängen als Teil einer politischen Bildung, und darin eingebettet die besondere Bedeutung des Populismus für den NABU,
- eine dauerhafte Stärkung des ehrenamtlichen politischen Engagements¹¹⁶ (Engagement als Teil der ‚kritischen Zivilgesellschaft‘)
- die stärkere Betonung des zweifelhaften Umgangs des Populismus mit wissenschaftlichen Erkenntnissen.
- die Stärkung der empathischen Sensibilität für andere gesellschaftliche Bevölkerungsgruppen,

Bereits umgesetzt ist ein eigener Informationsbereich auf der Website des NABU, der die Inhalte dieses Hintergrund-Papiers rezipiert und umwelt- und naturschutzrelevante Fakten zum Populismus aufzeigt.

Die politische – und nicht nur fachbezogene – Bildung im Verband sollte zudem um spezifische, eigene Formate und konkrete, NABU-bezogene Inhalte erweitert werden.

¹¹³ Handlungsempfehlungen der Amadeu-Antonio-Stiftung - <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/afd-handreichung.pdf>

¹¹⁴ https://demokratie.awo.org/wp-content/uploads/AWO-SN_Handreichung-MiWi-Handeln-wer-wenn-nicht-wir.pdf; abgerufen 11. Januar 2024

¹¹⁵ <https://niederbayern.dgb.de/++co++9d62a6b8-82c4-11ee-b280-001a4a160123>; abgerufen 15. Januar 2024

¹¹⁶ Münkler, H. (2022): Die Zukunft der Demokratie. Brandstätter Verlag, Wien.

Erste Angebote liegen dazu bereits unter dem Stichwort ‚Politik und Verwaltung‘ auf der Plattform ‚NABU-Wissen‘ vor¹¹⁷. Die Auseinandersetzung mit dem und die Betroffenheit des NABU vom Populismus könnten hier zukünftig gesondert thematisiert werden.

Die Naturschutzjugend NAJU stellt im Rahmen ihres Projektes ‚Kein Blattbreit der Rechten‘¹¹⁸ Weiterbildungs- und Informationsangebote zum Aufbau eines verbandsin-
ternen Kompetenznetzwerkes zur Verfügung.

Allgemeindemokratische Inhalte in der Populismusdebatte müssten u.a. sein:

- Die unvoreingenommene Wahrnehmung von und der Umgang mit Komplexität - ohne unzulässig zu vereinfachen. Eine Gesellschaft ist gekennzeichnet durch ihre Vielfalt, die auch zu Widersprüchen animieren.
- Hintergründe und Dilemmata deutlicher darstellen, um gesellschaftliche Spannungen verständlicher zu machen und abzumildern.
- Die Bedeutung von politischer Teilhabe muss stärker betont werden. Das Engagement als Teil der kritischen Zivilgesellschaft ist als Teilhabe an der Demokratie stärker herauszustellen: Dazu bedarf es einer größeren Wertschätzung auch im Verband.
- Kluge Entscheidungen benötigen Zeit! Nur einseitig einer Beschleunigung von Prozessen das Wort zu reden, gefährdet demokratische Entscheidungsprozesse.
- Die liberale, rechtsstaatliche Demokratie einzuschränken, ist nicht zielführend. Eine Verteidigung der Demokratie und deren In-Wert-Setzung erfordern stattdessen gerade mehr Demokratie. Dazu könnten ggf. auch basisdemokratische Elemente beitragen.

Darüber hinaus sollte der NABU in seiner eigenen Kommunikationsarbeit, aber auch in direkten Gesprächen mit Politikvertreter*innen und Medien deutlicher auf die eigene Verantwortung im Umgang mit Populismus hinweisen und insbesondere deren unreflektierte Äußerungen zu Kernthemen des NABU in den Fokus rücken. Organisatorisch lassen sich daraus für den NABU spezifischer die folgenden Handlungsvorschläge ableiten:

Wertschätzung und Förderung des ‚Kritischen Engagements der Zivilgesellschaft‘

Generell nehmen das Interesse und die aktive Beteiligung der Gesellschaft an der politischen Arbeit, z.B. in Parteien, immer mehr ab. Eine Demokratie ohne Engagement der Bürgerinnen und Bürger ist aber nicht überlebensfähig - wenn sie eine Zukunft haben soll, müssen gerade in diesem Bereich neue Ansätze entwickelt werden.¹¹⁹

Mit der Unterstützung und Förderung des ehrenamtlichen Engagements leistet der NABU bereits einen wichtigen Beitrag auch zur Unterstützung der Demokratie und gegen Populismus. Zumindest im Bereich der ‚kritischen Ehrenamtlichen / Engagierten‘ in der Zivilgesellschaft kann auch von einer starken politischen Arbeit der Akteure ausgegangen werden, da hier auch politische Kompetenz und Urteilsfähigkeit als Lerneffekte durch bürgerschaftliche Partizipation entstehen. Hier wird auch die Bedeutung einer rechtsstaatlichen Kontrolle von Regierungs- und Verwaltungshandeln praktisch

¹¹⁷ S. dazu NABU-online Fortbildungsangebote - <https://nabu-wissen.de/>; abgerufen 18. Dezember 2023

¹¹⁸ NAJU-Aktion zum Rechtsextremismus - <https://www.naju.de/f%C3%BCr-jugendliche/kein-blattbreit-der-rechten/>; abgerufen 19. Dezember 2023

¹¹⁹ MÜNKLER, H. (2022): Die Zukunft der Demokratie, S. 177. Brandstätter Verlag, Wien.

erfahrbar. Durch eine erweiterte Kommunikation findet dieses Wissen auch Eingang in breitere Verbandskreise. Der NABU sollte das politische Engagement seiner Mitglieder, Funktionsträger und Mitarbeiter aus dieser übergeordneten Perspektive grundsätzlich positiv sehen und fördern.

Engagiertes Handeln gegen Populismus-Äußerungen

Wichtig erscheint, ausgrenzende Populismus-Äußerungen im NABU nicht zu tolerieren. *„Eine aufmerksame Zivilgesellschaft trägt etwa bei Demonstrationen dazu bei, zentrale Normen – wie die Gleichwertigkeit von Menschen – immer wieder aufs Neue öffentlich zu bekräftigen. Der Haken daran ist: Man ist unter sich. Ungemein wichtig und viel anstrengender ist unser Agieren in unserem alltäglichen Umfeld: bei Familienfesten, im Freundeskreis, im Sportverein, in der Kirchengemeinde, im Schützenverein, bei der Arbeit. Hier kann Widerspruch mit hohen sozialen Kosten verbunden sein. Um dort Sprüchen zur Ungleichwertigkeit von Menschen zu widersprechen, braucht es hartes Training und auch Mut. Wenn wir den nicht aufbringen, dann können wir einpacken.“*¹²⁰

Die folgende Handlungsgrundlage kann methodisch beschreiben, wie insbesondere bei antisemitischen Äußerungen im NABU vorgegangen werden kann:

- *Bei antisemitischen Äußerungen innerhalb des NABU müssen leitende Mitarbeiter*innen und Ehrenamtler*innen intervenieren und konsequent einschreiten, indem sie die Äußerungen als antisemitisch benennen, als auf Zuschreibungen oder Phantasmen basierende Fremd- oder Feindbilder widerlegen, ihre Funktionen sowie die ihnen zugrundeliegenden Mechanismen offenlegen und sie überdies in den Kontext der Geschichte und Kontinuität des Antisemitismus setzen.*¹²¹

Dazu sind entsprechende Vorlagen und methodische Anleitungen zu nutzen, die ggf. situationsabhängig angepasst werden. Ziel ist es, Populismus-Tendenzen auch in den eigenen Reihen offen entgegenzutreten. Analoges gilt für ausländerfeindliche Parolen und für andere gesellschaftliche Gruppen, wenn sie Ziel von verbaler Entgleisung und Diskriminierung werden.

Inklusion gesellschaftlicher Gruppen

Der NABU sollte eine Vorbildfunktion bei der Einbeziehung anderer gesellschaftlicher Gruppen übernehmen, sowohl in der öffentlichen Darstellung seiner Arbeit als auch durch eine stärkere Beteiligung an seinen Aktivitäten und Prozessen. Die Rekrutierung von Mitgliedern und Mitarbeitenden soll alle Bevölkerungsgruppen ansprechen, nicht nur die, die bereits im NABU verortet sind.

Im NABU-Bundesverband liegt der Anteil an hauptamtlich Mitarbeitenden der Bundesgeschäftsstelle mit ausländischer Staatsangehörigkeit bei rd. 7 %. Davon stammen über 3 % aus Nicht-EU-Staaten.¹²² Auch hieraus ergibt sich die Verpflichtung, sich gegen eine Ausgrenzung und ‚Remigration‘, d.h. Deportation entsprechender Mitmenschen aktiv zu engagieren.

¹²⁰ Amnesty International: Rechtspopulismus ist ein beliebiger und verharmlosender Begriff - <https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-journal/deutschland-rechtspopulismus-ist-ein-beliebiger-und-verharmlosender>

¹²¹ Judentum | Antisemitismus | Israel - Anregungen für den Unterricht in der Sekundarstufe I/II <https://publikationen.iqsh.de/geschichte/judentum-antisemitismus-israel.html>; verändert

¹²² Katrin Walter, NABU-Personalbüro, Mitteilung vom 25. Januar 2024

6. Literatur und empfohlene Lesequellen

Wer sich schnell einen guten Überblick verschaffen will, sei insbesondere auf das sehr preiswerte und thematisch breit gefächerte Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) bzw. der entsprechenden Landeszentralen hingewiesen.

Die folgende Literatur dürfte für die hier angesprochenen Themen und ggf. darüber hinaus von allgemeinem Interesse sein. Die Vorschläge stellen nur eine subjektive Auswahl aus einem großen Angebot dar:

- BRONNER, G. (2020): Fake News & Verschwörungstheorien. Verlagshaus Jacoby & Stuart, Berlin.
- CROUCH, C. (2022): Postdemokratie revisited. Bpb
- KRASKE, M. (2020): Der Riss – Wie die Radikalisierung im Osten unser Zusammenleben zerstört. Ullstein.
- KRASKE, M. (2021): Tatworte – Denn AfD und Co. meinen, was sie sagen. Ullstein.
- KUMKAR, N.C. (2023): Alternative Fakten. BpB
- LEWANDOWSKI, M. (2022): Populismus – eine Einführung. Zentralen für politische Bildung. Springer VS.
- LÜBBE-WOLFF G. (2023): Demophobie – Muss man die direkte Demokratie fürchten? Rote Reihe, Klostermann.
- MAU, S., LUX, T. & L. WESTHEUSER (2023): Triggerpunkte – Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Edition Suhrkamp.
- MUDDE, C. & CR KALTWASSER (2019): Populismus – Eine sehr kurze Einführung. bpb
- MÜNKLER, H. (2022): Die Zukunft der Demokratie. Zentralen für politische Bildung. Christian Brandstätter Verlag, Wien.
- PRANTL, H. (2017): Gebrauchsanweisung für Populisten. ECOWIN
- SCHÄFER, A. & ZÜRN, M. (2021): Die demokratische Regression – Die politischen Ursachen des autoritären Populismus. bpb.
- SCHROEDER, W., GREEF, S., ELSÉN, J.T., HELLER, L. & INKINEN, S. (2022): Einfallstor für rechts? Zivilgesellschaft und Rechtspopulismus in Deutschland. Campus-Verlag; auch erhältlich über die bpb.
- SOMMER ET ALL. (2022): Rechtspopulismus vs. Klimaschutz? bpb
- STEGEMANN, B. (2017): Das Gespenst des Populismus. Theater der Zeit.
- VERHEYEN, RODA & ALEXANDRA ENDRES (2022): Wir alle haben ein Recht auf Zukunft – eine Ermutigung. dtv.